



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Nr. 4

April 1973

AIB-Aktuell

S. 2

Südliches Afrika

Barbara Schilling:
UNO-Solidaritätswoche, 25. Mai – 1. Juni

S. 3

DRV

Pham van Dong:
Bericht der Regierung

S. 6 – 10

Philippinen

W. J. Pomeroy:
Krise des Neokolonialismus in den Philippinen (2)

S. 10 – 22

Chile

Eberhard Hackethal:
Sieg der Unidad Popular

S. 23 – 25

Argentinien

Christel Streubel:
Zum Ausgang der argentinischen Wahlen

S. 26 – 28

Laos

Abkommen über die Wiederherstellung des Friedens und
die Verwirklichung der nationalen Eintracht in Laos

S. 29 – 30

Kurzinformation

S. 31 – 32

Herausgeber: Antiimperialistisches Arbeitskomitee (AAK) - Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Bernd Hartmann, Herbert Lederer, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling (presserechtl. verantwortlich), Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Christoph Strawe, Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Einzelpreis DM 1,50. Erscheinungsort Marburg/L. Druck: W. J. Becker, Marburg.

Anschrift des AAK und der Redaktion: p. A. Barbara Schilling, 355 Marburg/L. Liebigstraße 46 (Telefon 06421 / 24672) Postscheckkonto 312093 PSchA Frankfurt/M. - Barbara Schilling, Sonderkonto AAK, 355 Marburg/L.

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung von 2 Belegexemplaren gestattet.

AIB-Aktuell

Schon das äußere Bild der in Vietnam freigelassenen militärischen Gefangenen beider Seiten war ein Zeugnis von Menschlichkeit und Unmenschlichkeit.

Wer einerseits die ausgehungerten, geschundenen und verkrüppelten Kriegsgefangenen der südvietnamesischen Volksbefreiungsstreitkräfte und der Truppen der DRV bei ihrer Entlassung aus den Lagern des Saigoner Regimes und der US-Armee und andererseits die aus Gefangenschaft zurückkehrenden, gut genährten US-Piloten gesehen hat, der muß die humane Haltung, Sorge und Nachsicht der Behörden der DRV und der Provisorischen Revolutionären Regierung (PRR) Südvietnams gegenüber den US-Gefangenen, die eigentlich nicht als Kriegsgefangene, sondern als Kriegsverbrecher hätten behandelt werden müssen, bewundern. Die abgeschossenen US-Piraten, die ohne Kriegserklärung das vietnamesische Volk überfallen haben, hätten nach internationalem Recht als Massenmörder und Verbrecher gegen die Menschlichkeit eingestuft werden müssen.

Nach ihrer Rückkehr wurden die US-Piloten und Soldaten bekanntlich sofort isoliert. Interviews wurden zunächst untersagt, weil die Kriegsherren im Pentagon einige unangenehme Worte zu fürchten hatten.

Lediglich ein Pilot gab zu, daß er bei seinen B-52 Einsätzen Ende 1972 wegen der hohen Abschußrate Angst gehabt habe, daß er froh gewesen sei, nach dem Abschluß lebend davon gekommen zu sein, daß er über das Ausmaß der Zerstörungen erschüttert gewesen sei und in einer Ansprache über Radio Hanoi zur Beendigung der US-Aggression aufgefordert habe, womit er von seinem Rederecht Gebrauch gemacht und keinesfalls gegen die Verfassung der USA verstoßen habe.

Die anderen US-Piloten wurden auf die Öffentlichkeit "vorbereitet". Als der letzte US-Kriegsverbrecher frei war, setzte die Propaganda der Imperialisten mit voller Kraft ein: Verschärfte Haftbedingungen nach Ausbruchversuchen wurden als Folter und das fehlende tägliche Steak als Nahrungsmittelentzug verkauft. Wenn Mitgefangene untkamen, weil sie - wie die Vietnamesen auch - unter den Bombenteppichen der B-52 krepiereten oder ausreichende Medikamente fehlten, weil die US-Piraten wieder einmal eine Krankenstation dem Erdboden gleichgemacht hatten, dann waren daran natürlich die Kommunisten schuld.

Aber die "vorbereiteten" US-Piloten stehen nicht allein. Sie haben bekanntlich gute Freunde: zwei mittlerweile zu Rittern erkorene Angehörige der Malteser: Monika Schwinn und Bernhard Diehl. Diese beiden "Samariter" hatten "nur Gutes im Sinne" und machten "einen sorglosen Sonntagsausflug" (Zitate aus S.Z. v. 3.4.73), dabei gerieten sie in Gefangenschaft. Ihre Art von Neutralität belegte Monika Schwinn im "Stern" Nr. 13/73 mit einem Souvenirfoto, das sie bei einem Besuch auf einem US-Stützpunkt neben einer 105-Millimeter-Kanone zeigt, eines der Geschütze, das die befreiten Zonen beschuß und sie nach Planquadraten umzupflügen half. Daß in den Aufenthaltsräumen der Malteser in Südvietnam US-Soldaten in voller Bewaffnung und Uniform verkehrten, ist inzwischen ebenso unbestritten wie die Tatsache, daß Angehörige des Malteserordens in US-Maschinen, die dann gelegentlich auch Kampfaufträge ausführten, durchs Land flogen oder die vom CIA gecharterte Luftlinie "Air America" benutzten. Aber mit Geheimdiensten hatten die Malteser, so will es die offizielle Propaganda, nichts zu tun, außer, daß Herr

Diehl und seine Truppe bei Ausflügen in Kampfgebiete Unterstände der Befreiungsfront fotografierten, außer, daß derselbe Diehl sich gegenüber einem "Stern"-Redakteur bei seiner Rückkehr brüsten konnte: "Einer meiner ersten Wege wird mich nach Bonn zum MAD (Militärischer Abschirmdienst) führen, um mich dafür zu bedanken, daß sie dichtgehalten haben.... Wenn der Vietkong erfahren hätte, daß ich MAD-Mann war, hätten sie mich an die Wand gestellt" ("Stern" Nr. 15/73). Und das wohl zu Recht!

Trotzdem haben die Vietnamesen Herrn Diehl in gleicher Weise behandelt wie die US-Kriegsverbrecher: mit G r o ß m u t ! Sie haben ihn mit Reis und Fleisch gepäpelt und mit Medikamenten in einem Maße versorgt, wie es unter Kriegsbedingungen für Vietnamesen selbst kaum vorstellbar war.

* * *

Hinter der groß angelegten imperialistischen Propaganda gegen die DRV und die PRR steht der Versuch, die Repräsentanten des vietnamesischen Volkes als inhuman und vertragsbrüchig hinzustellen. Während gleichzeitig die Drohung ausgesprochen wird, möglicherweise die Bombardierungen durch die USA wieder aufzunehmen (FR v. 3.4.73), soll von der Tatsache abgelenkt werden, daß es die Thieu-Clique in Südvietnam ist, die mit Unterstützung und Duldung der US-Regierung mittlerweile über 23.000 militärische Überfälle auf befreite Territorien unternahm. 8.000 Polizeieinsätze und Razzien wurden vom Saigoner Regime gegen oppositionelle Bürger des Landes seit Unterzeichnung des Vietnamabkommens durchgeführt. Die demokratischen Freiheiten, die im Abkommen zugesichert sind, werden weiter unterdrückt.

Nach wie vor weigert sich die Thieu-Clique, die 200.000 politischen Gefangenen freizulassen. Die Folterungen und Ermordungen gehen weiter. Auf einer internationalen Pressekonferenz in Paris haben südvietnamesische Katholiken dargelegt, daß Tausende von Leichen ehemaliger politischer Gefangener auf dem Meer schwimmend - gesichtet wurden. Auf diese Weise sollten die Verbrechen offensichtlich vertuscht werden.

Auch gegen das Laos-Abkommen haben die USA und die Regierung in Vientiane inzwischen mehr als dreitausendmal verstoßen, und die US-Aggression gegen das Volk von Kambodscha geht weiter.

Gegen diese Verbrechen und gegen die ständigen Verletzungen der ausgehandelten Abkommen über Vietnam und Laos protestieren gegenwärtig in vielen Orten der Bundesrepublik die Freunde der Völker Indochinas. Sie fordern die strikte Einhaltung des Abkommens über Vietnam und Laos, die sofortige Einstellung der US-Aggression gegen Kambodscha und umfangreiche materielle Hilfe für die Völker Indochinas, aber keinen Pfennig für die Marionetten!

Für diese Forderungen muß jetzt überall in unserem Land eine breite Aktionsfront geschaffen werden. Wer diese Notwendigkeit nicht sieht, keine Initiative ergreift oder sich ausschließt, kann nicht ernsthaft für sich in Anspruch nehmen, die Interessen der indochinesischen Völker zu vertreten.

Südliches Afrika

Die Vereinten Nationen haben in ihrer Vollversammlung vom 2. November 1972 eine Resolution verabschiedet, in der sie an alle Regierungen und Völker appellieren, jährlich eine "Woche der Solidarität mit den Kolonialvölkern des südlichen Afrika, Guineas (Bissau) und der Kapverdischen Inseln in ihrem Kampf für Freiheit, Unabhängigkeit und Gleichberechtigung" vom 25. Mai (afrikanischer Befreiungstag) bis 1. Juni durchzuführen. In der BRD werden sich eine Vielzahl von Gruppen und Organisationen an dieser Solidaritätswoche beteiligen. Sie streben dabei gemeinsame lokale Aktionen und Veranstaltungen in vielen Orten unseres Landes an.

Barbara Schilling

UNO-Solidaritätswoche, 25.Mai-1.Juni

In vielen Resolutionen hat die UNO den Freiheitskampf der kolonial und rassistisch unterdrückten Völker im Süden Afrikas unterstützt und festgestellt, daß eine wesentliche Voraussetzung dieser Unterdrückung die militärische, finanzielle und ökonomische Aktivität ausländischer Konzerne und Regierungen darstellt. Deshalb wird es in der UNO-Solidaritätswoche darauf ankommen, über die Rolle der BRD-Konzerne im südlichen Afrika zu informieren, klarzumachen, daß diese die afrikanische Bevölkerung schamlos ausbeuten und sich dabei das Gewerkschaftsverbot, die extrem niedrigen Löhne und die "problemlose" Zulieferung von Arbeitskräften durch das Kontraktsystem zunutze machen.

Die Bundesregierung muß mit den Verpflichtungen konfrontiert werden, die sich aus ihrer stets betonten Übereinstimmung mit den Vereinten Nationen ergeben. Von einem künftigen UNO-Mitglied ist zu verlangen, daß es diese Übereinstimmung nicht nur im Munde führt, sondern praktische Konsequenzen daraus zieht:

1. die portugiesische Kolonialherrschaft und den Kolonialkrieg eindeutig und öffentlich verurteilt;
2. Beziehungen zu den Befreiungsbewegungen aufnimmt und sie materiell unterstützt - wie dies auch durch die Regierungen anderer kapitalistischer Staaten (z.B. Dänemarks und der Niederlande) geschieht;
3. jegliche Maßnahmen unterbindet, die den Kolonialkrieg verlängern können und das Kolonialregime stützen.

Gerade im Hinblick auf die großen Erfolge der PAIGC im Befreiungskampf und auf eine mögliche Unabhängigkeitserklärung im Sommer gewinnt die Forderung nach Anerkennung der drei Befreiungsbewegungen als die legitimen

Vertreter ihrer Völker besondere Bedeutung.

Eine wichtige Aufgabe wird es sein, während der UNO-Woche über die Ursachen des Kolonialkrieges und des Befreiungskampfes, über den Charakter der Befreiungsbewegungen und über ihre Ziele aufzuklären sowie materielle Unterstützung zu leisten.

Die Solidaritätsbewegung mit den Völkern des südlichen Afrika steht in unserem Lande noch am Anfang. Sie hat durch den Kongress "Freiheit für Angola, Guinea-Bissau und Moçambique" im Januar 1973 (vgl. AIB, Nr.2/73) einen wesentlichen Impuls erhalten, den es jetzt in verstärktes Engagement umzusetzen gilt. Nur eine breite Solidaritätsbewegung, die von einer großen Zahl von Menschen unterstützt wird, in der sich insbesondere die fortschrittlichen Jugend- und Studentenverbände sowie die Interessenvertretungen der arbeitenden Menschen engagieren, ist imstande, wirksame Hilfe für die Befreiungsbewegungen zu leisten. Nur sie kann den notwendigen Druck ausüben, um praktische Veränderungen in der Haltung der Bundesregierung zu erzwingen. Nur sie kann erreichen, daß die Massenmedien den Kolonialkrieg nicht länger ignorieren können.

Für die Entwicklung einer solchen Solidaritätsbewegung ist die UNO-Woche eine wichtige Station. Ihr Erfolg wird davon abhängen, ob diejenigen, die für das gleiche Ziel - die Unterstützung der Befreiungsbewegungen - eintreten, gemeinsam vorgehen, ob sie bereit sind, unterschiedliche politische Auffassungen in vielen anderen Fragen zurückzustellen und keine Losungen oder Forderungen zur Vorbedingung gemeinsamen Handelns zu machen, die der Einheit der Bewegung entgegenstehen. Die zentrale Aufgabe wird es sein, neue Kräfte hinzuzugewinnen.

10000 Schulhefte und Bleistifte für die Kinder in den portugiesischen Kolonien

Das AIB will durch diese Aktion einen Beitrag zur Unterstützung der Aufbauarbeit der Befreiungsbewegungen in Angola, Guinea-Bissau und Moçambique leisten. Viele Zeitungen der BRD verhängen ein systematisches Schweigen über die Vorgänge im südlichen Afrika - viele Massenmedien machen sich aber auch zu direkten Sprechern des portugiesischen Kolonialismus; Beispiele dafür sind die Fernsehsendung "Report" (ARD) vom 5.2.73 und die "Frankfurter Allgemeine Zeitung", die eine redaktionelle Notiz zu unserer Sammlungsaktion verweigerte: "Sie gehen, sicher irrtümlich, bei dem Aufruf von der Voraussetzung aus, daß es in Mozambique, Angola und Portugiesisch-Guinea Gebiete gibt, die nicht nur von den von Ihnen genannten Unabhängigkeitsbewegungen beherrscht werden, sondern in denen diese Bewegungen auch Schulen eingerichtet haben." (Brief der FAZ an das AIB, 7.3.73) Diese Politik des "Was nicht sein darf, das nicht sein kann" verfolgen sie trotz der direkten Unterstützung durch die Regierungen verschiedener Länder (so Dänemark, Norwegen, Niederlande) oder der Unterstützung durch den Ökumenischen Rat der Kirchen, trotz der Aussagen offizieller Besucher der Befreiungsbewegungen wie z.B. Lord Gifford (Mitglied des britischen Oberhauses), welche alle die Kontrolle großer Teile der Kolonien durch die Befreiungsbewegungen sowie den Aufbau eines Schul- und Ausbildungssystems in den befreiten Gebieten bezeugen.

Die Befreiungsbewegungen brauchen dringend Hilfe für die Einrichtung von Schulen, in denen sie große Anstrengungen unternehmen, das koloniale Erbe einer Analphabetenrate von über 90% zu überwinden. Bis zum Beginn der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten (18.7. bis 5.8.73 in Berlin/DDR), die unter dem Motto "Jugend gegen den Imperialismus"

stattfinden werden, wollen wir 10.000 Schulhefte und Bleistifte für die Schulkinder in den befreiten Gebieten sammeln. Zahlreiche Spenden sind bereits bei uns eingegangen; Schülergruppen und Kindergärten haben begonnen, konkrete Hilfe zu organisieren.

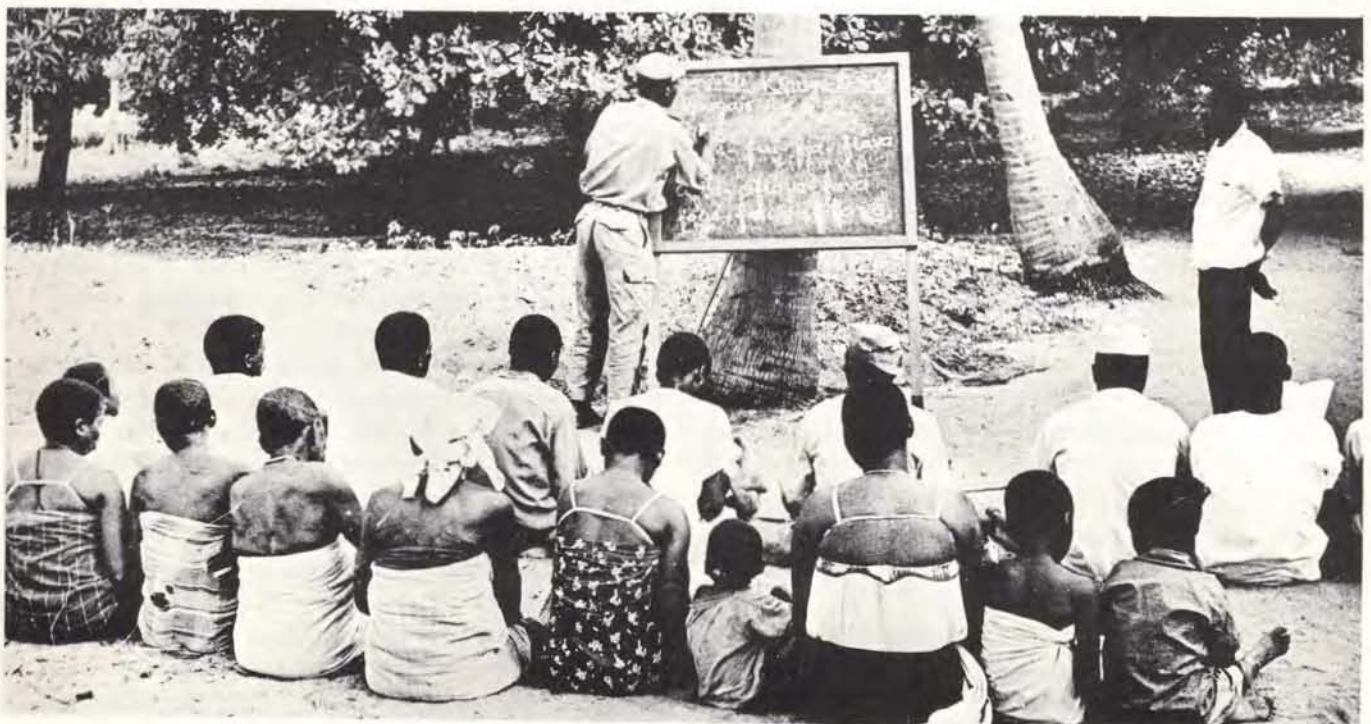
Wir rufen alle fortschrittlichen Gruppen und Menschen auf, sich dieser Aktion anzuschließen!



Geldspenden werden unter dem Stichwort "10000 Schulhefte" auf das PSchK Köln 171 387, Sonderkonto Wilhelm Breuer, Köln, erbeten.

Sachspenden werden von der Redaktion des "Antimperialistischen Informationsbulletins" gesammelt unter der Anschrift:

Barbara Schilling, 355 Marburg, Liebigstraße 46



Seit 1970 hat das AIB kontinuierlich den Kampf der Völker des südlichen Afrika gegen Rassismus, Kolonialismus und Neokolonialismus in Dokumenten und Analysen dargestellt.

Die folgende Auswahl gibt einen Überblick über wichtige Materialien (Dokumente sind mit * gekennzeichnet); Texte aus vergriffenen Nummern sind nicht berücksichtigt.

Angola

- * Interview mit Agostinho Neto: Die Situation in Angola, 4/1970.
- * Erziehung, ein strategischer Faktor der Befreiung, 8/1971.
- * Kriegs- und Kolonialverbrechen Portugals in Angola, 8/1971.
- * 10 Jahre Kampf, 4/1971.

Guinea-Bissau

- * Amilcar Cabral: Kurzer Bericht über den Kampf im Jahr 1971, 4/1972 und 5/1972.
- Mord an Amilcar Cabral, 2/1973.
- Der Mord an Amilcar Cabral in der westdeutschen Presse, 3/1973.

Moçambique

- * Gueboza, A.: Bericht über den Befreiungskampf in Moçambique, 4/1970.
- * Offener Brief an Bundeskanzler Willy Brandt (19.3.1970), 4/1970.
- * Resolution zum nationalen Wiederaufbau, 4/1970.
- * Der Aufbau einer Nation im kampfzerrissenen Moçambique, 6/1972.

Namibia

- * Manifest der SWAPO-Jugend an das Volk von Namibia, 5/1972.
- * Die gegenwärtige Situation unseres Kampfes, 4/1971.
- * Dokumente und Materialien der Brüsseler Namibia-Konferenz, 7/1972.

Republik Südafrika

- * Analyse von Zeugenaussagen, 10/1971.
- * Grundsatzdokumente und Materialien, 6/1971 und 7/1971.

* R. Molteno: Afrika und Südafrika, 9/1971 und 10/1971.

Erziehungssystem und studentischer Widerstand, 10/1972.

* Appell an die Solidarität mit den südafrikanischen Arbeitern, 1/1973.

Massenstreiks afrikanischer Arbeiter in der RSA, 3/1973.

Zimbabwe

ZAPU im Kampf gegen Rhodesien, 2/1971 und 3/1971.

* J. Nkomo: Memorandum an die Pearce-Kommission, 11/1972 und 12/1972.

Darüber hinaus haben wir folgende Sondermaterialien herausgegeben:

Referat und Materialien

Der Kolonialkrieg Portugals gegen die Völker von Angola, Guinea-Bissau und Moçambique, 77 Seiten; 3,50 DM

Wandzeitung

Solidarität mit den Völkern von Angola, Guinea-Bissau und Moçambique; 1,-- DM

Fotoausstellung

15 Fotos, Themen: Kolonialterror, Kampf der Befreiungsbewegungen, Aufbau in den befreiten Gebieten;

Plakat

Aufruf zur materiellen Hilfe für die Befreiungsbewegungen MPLA, PAIGC und FRELIMO; 1,-- DM

Zeitungsflugblatt

Freiheit für Angola, Guinea-Bissau und Moçambique, 4 Seiten DIN A 3, 2-Farbdruck, 100 Stck. 5,-- DM

Aufruf

10.000 Bleistifte und Schulhefte

Antiimperialistisches
Informationsbulletin

5/73

bringt u.a.:

Salim Mikael:
Zur Lage des palästinensischen Widerstandes

Wolfram Brönner:
Die Rolle Israels in der imperialistischen Globalstrategie

BESTELLUNGEN

für das

"Antiimperialistische Informationsbulletin"

Bezugspreis:

für 12 Nummern 15,00 DM einschließlich Porto
Einzelpreis 1,50 DM, Doppelnummer 3,00 DM.
Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren pro Nummer 33 % Ermäßigung.

Bestellungen an:

"Antiimperialistisches Informationsbulletin"
p.A. Barbara Schilling
355 Marburg/Lahn
Liebigstr. 46

Einzahlungen auf das PSchKto. Nr. 312 093,
PSchA Frankfurt/Main, Barbara Schilling,
Sonderkonto AAK, 355 Marburg/Lahn

Pham Van Dong

Bericht der Regierung

Im Bericht der Regierung der DRV, der von Premierminister Pham van Dong auf der 3. Sitzung der Nationalversammlung vorgetragen wurde, wird die Bedeutung des "Abkommens über den Waffenstillstand und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam" (Wortlaut in AIB Nr. 2/1973) als großer Sieg des vietnamesischen Volkes gewürdigt. Das Abkommen wird in seinen wichtigsten Bestimmungen charakterisiert und in Form und Inhalt als "Anerkennung der derzeitigen Realitäten in Südvietnam mit der Existenz zweier Regierungen, zweier Armeen, zweier abgegrenzter Gebiete und dreier politischer Kräftegruppen" gewertet.

Die Bedeutung des Mutes und des unbeugsamen Willens des vietnamesischen Volkes sowie die Rolle der Partei der Werktätigen für den Sieg werden besonders hervorgehoben und dabei die Wirksamkeit der Solidarität der drei indochinesischen Völker sowie der Unterstützung durch die sozialistischen Staaten und die Völker der Welt betont.

Im zweiten Teil, den wir im folgenden wiedergeben, geht Pham Van Dong auf die Aufgaben, die jetzt vor dem vietnamesischen Volk stehen, ein. Er nennt als die wichtigsten Ziele:

- der Kampf um die Einhaltung des Abkommens und seine Verteidigung gegenüber dem Saigoner Regime, das das Abkommen fortwährend mißachtet;
- der Kampf der Bürger Südvietnams, die national-demokratische Revolution zu Ende zu führen und die Pläne des US-Neokolonialismus in Südvietnam zum Scheitern zu bringen;
- die schnelle Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation in der DRV und des Lebens der Bevölkerung in allen Bereichen sowie die weitere Festigung der Rolle der Partei der Werktätigen, der ideologischen Erziehung und der sozialistischen Demokratie.

(...)

Werte Genossen Abgeordnete!

Der Widerstandskampf gegen die US-Aggressoren für die Rettung der Nation wurde siegreich beendet und hat zugleich eine neue Wende der vietnamesischen Revolution eingeleitet. Die jetzigen Aufgaben unseres vietnamesischen Volkes in beiden Zonen bestehen in der Verstärkung der Solidarität, in der anhaltenden kämpferischen Wachsamkeit, um die errungenen Siege zu festigen, den Aufbau des Sozialismus in Nordvietnam zu verstärken, den Frieden dauernd zu garantieren, die Unabhängigkeit und die Demokratie in Südvietnam zu vervollkommen, die friedliche Wiedervereinigung des Landes herbeizuführen.

In Bezug auf das Pariser Abkommen besteht unsere Politik in der strikten Respektierung und unbedingten Einhaltung des Abkommens. Zugleich fordern wir die amerikanische Regierung und das Saigoner Regime auf, dasselbe zu tun. Das ist ein sehr großer Kampf von großer Tragweite in vielen Bereichen, um die errungenen Siege zu festigen und zu entwickeln. Eben weil das Pariser Abkommen ein sehr bedeutender Sieg unseres Volkes ist, will die andere Seite nicht nur gegen alle Artikel des Abkommens verstoßen, sondern auch bewußt die Verwirklichung des Abkommens sabotieren.



„Freut mich, daß ihr aus Vietnam zurück seid, Leute... und wer von euch will jetzt zur Marine gehen?“
Zeichnung: JAK in Evening Standard, London

Deutlich hat das Saigoner Regime mit der Komplizenschaft und der Unterstützung der USA offen und systematisch die wichtigsten Artikel des Abkommens sabotiert, zuerst die Artikel über den Waffenstillstand, über die Freiheit und Demokratie, über die Freilassung der Gefangenen, über die Aktivitäten der Militärkommission der 4 Parteien und über die internationale Überwachungs- und Kontrollkommission.

An dieser Stelle müssen wir auf die Verletzung der Artikel über den Waffenstillstand, der zum Frieden führen soll, und über die demokratischen Freiheiten und die nationale Versöhnung hinweisen und sie anprangern.

Seit dem Inkrafttreten des Pariser Abkommens hat das Saigoner Regime mehrmals verkündet, das Abkommen nicht respektieren zu wollen. Auf der einen Seite hat es sogenannte "Verletzungen der Kommunisten gegen den Waffenstillstand" erfunden, um uns verächtlich zu machen und zu verleumden, auf der anderen Seite hat es seinen bewaffneten Einheiten Operationen, oft von großem Ausmaß, mit Einsatz von Panzern, Artillerie und Kampfflugzeugen befohlen, um die von der PRR kontrollierten, befreiten Gebiete zu annektieren.

Es verstärkt die Politik der Unterdrückung und des Terrors gegen alle Schichten der Bevölkerung in den von ihm kontrollierten Gebieten, verbietet alle Aktivitäten, die für Frieden, Freiheit, Demokratie und nationale Versöhnung unternommen werden. Als sehr wichtiger Punkt muß betont werden die unkooperative, feindliche Haltung des Saigoner Regimes den Delegationen der DRV und der PRR Südvietnams gegenüber in der Vierer-Militärkommission.

Es hat sogar verbrecherische Schlägereien organisiert und fortwährend äußerst große Schwierigkeiten bei den Aktivitäten unserer Delegationen und bei der Ausübung ihres Dienstes verursacht. Bis heute, 3 Wochen nach der Unterzeichnung, hat die Verhandlungskonferenz beider Seiten Südvietnams, deren Aufgaben in der Diskussion und in der Lösung einer Reihe sehr wichtiger Probleme der inneren Angelegenheiten Südvietnams und hauptsächlich der politischen Probleme bestehen, ihre Tätigkeit noch nicht aufgenommen. Die internationale Überwachungs- und Kontrollkommission, besonders die Delegationen von Polen und Ungarn, haben auch große Schwierigkeiten bei der Verwirklichung ihrer Aufgaben: Bewachung und Kontrolle der Einhaltung der Artikel des Abkommens gemäß den Bestimmungen des Abkommens. Solche unverschämten Verschwörungen und Aktionen des Saigoner Regimes sind schon deutlich geworden. Mit seiner Taktik: "selbst Verbrechen begehen und den anderen anklagen" kann es sicher unser Volk und die öffentliche Meinung in der Welt nicht belügen.

Entschlossen gegen das Unternehmen und die Aktionen zur Verletzung des Abkommens protestieren, alle Parteien auffordern, das Abkommen unbedingt zu respektieren und ernsthaft auszuführen, das ist ein sehr schwieriger und mühseliger Kampf zur Verwirklichung des Waffenstillstands und für die Ausführung des Abkommens in allen militärischen und politischen Aspekten, für die Einhaltung und Befestigung des Friedens und für die nationale Unabhängigkeit, die demokratische Frei-

heit, die nationale Versöhnung, die Verbesserung des Lebensstandards. Dies sind die persönlichsten Ziele, die tiefsten Wünsche der verschiedenen Volksschichten Südvietnams, auch der Soldaten und des Personals des Saigoner Regimes. Daher ist der Kampf für die Respektierung und die Erfüllung des Pariser Abkommens auch der wichtigste und dringendste Kampf der Bürger Südvietnams. Es ist der umfangreiche, schwierige und andauernde politische Kampf gegen den US-Neokolonialismus im Süden und gegen sein Werkzeug, das Saigoner Regime, um Schritt für Schritt die nationaldemokratische Revolution zu Ende zu führen. In diesem Kampf besitzen unser vietnamesisches Volk und unsere Bürger in Südvietnam



NÜRNBERG - USA

—Abgezeichnet von der Freiheitlichen Bewegung in der Schweiz

grundlegende Vorteile: nämlich die in dem Pariser Abkommen klar ausgedrückten Kampfziele, welche den Wünschen der Mehrheit der Bevölkerung Südvietnams und der Tendenz der Situation entsprechen, von den Völkern in der ganzen Welt und der internationalen öffentlichen Meinung mit erwünscht und unterstützt werden. Die Wirklichkeit in Südvietnam zeigt Tag für Tag, daß - während sich die PRR Südvietnams, der einzige legitime Vertreter aller Volksschichten in Südvietnam, zu kämpfen entschließt, um den Frieden zu festigen, die demokratischen Freiheiten und die nationale Versöhnung zu verwirklichen - das Saigoner Regime eine faschistische und militaristische Kampagne führt und auf seine reaktionären und finsternen Bestrebungen immer noch nicht verzichtet. Die FNL und die PRR der Republik Südvietnams, Vertreter einer besseren, helleren Zukunft Südvietnams, werden Tag für Tag von den Völkern der sozialistischen Länder und von der Mehrheit der Völker in der Welt in stets zunehmendem Maß fester unterstützt. Unser ganzes vietnamesisches Volk ist entschlossen, mit einem neuen Geist den leidvollen und unbedingt siegreichen Kampf fortzusetzen, den Kampf für die Vervollkommnung der Sache der nationaldemokratischen Revolution

in Südvietnam, für die friedliche Wiedervereinigung unseres geliebten Landes.

Verstärkter Aufbau des Sozialismus, eines neuen Lebens, des neuen Menschen

Sehr verehrter Herr Staatspräsident Ton Duc Thang!

Sehr verehrte Genossen des Präsidiums!

Werte Genossen Abgeordnete!

Die DRV, der sozialistische Norden Vietnams, hat im Laufe von Jahrzehnten der Kämpfe und des Aufbaus ihre große Kraft entwickelt, nämlich das feste Hinterland des heldenhaften Südens, die revolutionäre Basis des ganzen Landes, unangreifbarer Vorposten des sozialistischen Systems in Südostasien zu sein. Diese Geschichte des Kampfes und des Aufbaus ist auch die Geschichte des ununterbrochenen Aufbaus der DRV. Der eben errungene große Sieg schafft weitere günstige Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus im Norden, für den Aufbau der sozialistischen Volkswirtschaft, der sozialistischen Kultur und des sozialistischen Menschen, für die Verstärkung der Kräfte des Nordens in allen Bereichen, Politik, Ökonomie, Kultur, Verteidigung, und daher für die weitere positive Entwicklung der DRV.



Die Erklärung des ZK der Partei der Werktätigen Vietnams und der Regierung der DRV rufen uns dazu auf, daß wir "den revolutionären Heldenmut im Kampf in Entschlossenheit der Überwindung aller Schwierigkeiten, in verstärkte Fortsetzung des Aufbaus des Sozia-

lismus, des Aufbaus eines neuen Lebens, des neuen Menschen" umwandeln. Rüsten wir uns aus mit großen Gedanken und Gefühlen, die der Höhe der neuen Situation und den neuen Aufgaben entsprechen. Wir müssen vorausschauend und weitblickend sein, wir müssen den Mut haben, große Dinge zu denken und zu tun, Dinge, die dem Land und dem Volk nützlich sind:

Hauptsächlich müssen wir erkennen, von welcher Tragweite, wie dringend wichtig es jetzt ist, die Volkswirtschaft machtvoll mit soliden und schnellen Schritten, von der Kleinproduktion zur sozialistischen Großproduktion, besonders in der Landwirtschaft aufzubauen und zu entwickeln. Jeder von uns muß ein mutiger Kämpfer der Sache des Aufbaus des sozialistischen Nordens werden, ein guter Arbeiter in seinem Fach, der unaufhörlich das berufliche Können und seine spezialisierten Kenntnisse, und zugleich seine Organisations- und Verwaltungsfähigkeit erhöht. Jeder von uns muß selbstlos für das Vaterland und den Sozialismus arbeiten, mit seinem ganzen Eifer, diszipliniert und unter Anwendung der Technik arbeiten, um ein praktisches wirtschaftliches Ergebnis und eine immer wachsende Produktivität zu erreichen. Dies ist der Sinn unseres Lebens, dies ist das Maß unserer Opfer für den sich gegenwärtig fortsetzenden revolutionären Kampf.

Die gegenwärtige Aufgabe besteht in der schnellen Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation und des Lebens des Volkes, im Wiederaufbau und in der Entwicklung der Wirtschaft und zugleich in der Sicherung der Verteidigung. In den kommenden Jahren müssen wir nicht nur die Vorkriegsproduktion überschreiten, sondern direkt den Aufbau einer neuen Wirtschaftsstruktur beginnen, um die Grundlage zu schaffen für eine sehr schnelle qualitative und quantitative Entwicklung in den folgenden Jahren.

Die folgenden konkreten Aufgaben müssen mit allen Kräften gelöst werden:

- ★ Das Transport- und Verkehrswesen hat für uns erste Priorität. Deswegen müssen möglichst schnell die notwendigen Schritte unternommen werden, zugleich müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, um schnell die Entwicklungspläne des Transport- und Verkehrswesens auf der Grundlage der zukünftigen Entwicklungsanforderungen der Branchen und Zonen der Volkswirtschaft zu verwirklichen.
- ★ Schnelle Wiederherstellung und Entwicklung der wichtigen und dringenden Industriezweige, zugleich Schaffung von Voraussetzungen für

die Entwicklung der Schlüsselindustrien in großem Ausmaß. Lokale Industrie, Konsumgüterindustrie und Handwerk sind die Produktionszweige, die besondere Bedeutung haben, um dem Leben des Volkes zu dienen. Sie müssen mit der größten Geschwindigkeit der neuen Situation entsprechend entwickelt werden.

- ★ Feste und stetige Entwicklung der Landwirtschaft in Richtung der Verordnungen des 19. und 20. Kongresses des ZK der Partei.
- ★ Starke Beachtung der Wiederherstellung und Vervollkommnung des Bewässerungssystems, das Bewässerung der Felder und damit den laufenden Konsum garantiert, grundlegende Lösung der akuten Gefahr des Verfaulens und des Verdorrens der bebauten Flächen in den Ebenen, rechtzeitige Verwirklichung der Bewässerungssysteme in Gebieten des Gemüseanbaus und der Industriepflanzungen, Produktion von Düngemitteln, Anlegen neuer landwirtschaftlicher Betriebe.
- ★ Schnelle Befreiung eines großen Teiles der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft durch die verstärkte Bewässerung und Technisierung, um für die Entwicklung der Industrie und den Aufbau neuer Wirtschaftsgebiete diese Arbeitskräfte freizustellen.
- ★ Verstärkte Orientierung der Industrie auf die Erfüllung der Forderungen der Landwirtschaft, Technisierung der Agrikultur, Schaffung der vollständigen materiellen Basis für jedes Produktionsgebiet.
- ★ Feste Stabilisierung und schrittweise Verbesserung des Lebens der Bevölkerung. Schnelle Lösung des Problems der Wohnungsbeschaffung für die Bevölkerung, zuerst in vom Krieg verwüsteten Gebieten, in den Gebieten konzentrierter Industrialisierung, in Städten und Hauptstädten. Hilfe für die Bevölkerung auf dem Land zur Reparatur der alten Häuser und zum Aufbau neuer Häuser. Gute Organisation der Distribution, Stabilisierung der Märkte und der Preise. Rechtzeitige und angemessene Regelung der Arbeit für verwundete Soldaten, Milizen und für die vom Krieg entkräfteten Menschen.
- ★ Sorge um die Familien der verstorbenen Kämpfer, Milizen und Kader.
- ★ Große Beachtung der Arbeitsverwaltung, der neuen Arbeitsteilung in großem Ausmaß zur Erfüllung der Forderungen des Transport-, Industrie- und Forstwesens und der neuen Wirtschaftsgebiete.
- ★ Entwicklung von Außenhandel und Schaffung von Absatzmöglichkeiten für die wichtigen Produktionszweige in Verbindung mit dem Weltmarkt auf der Basis der einheitlichen staatlichen Verwaltung. Erweiterung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen unserem

Land und anderen Ländern auf der Basis der Achtung der Unabhängigkeit, des Selbstbestimmungsrechts, der Nichteinmischung in die Angelegenheiten des anderen, der Gleichheit und des gegenseitigen Gewinns.

Die oben genannten Aufgaben sind nur grobe Orientierungen eines Plans, der auf der Basis einer soliden grundlegenden Forschung und einer gerechten Verteilung auf die Wirtschaftsgebiete gegründet ist.

Entwicklung von Kultur, Bildung, Medizin, Literatur und Kunst im Einklang mit der neuen Situation. Verstärkung der Forschung in der Wissenschaft, Anwendung der Wissenschaft und der Technik auf die Produktion und das Leben des Volkes.

Dringlich ist die Planung und Verwirklichung der Pläne für die Ausbildung einer Reihe von qualifizierten Arbeitern, die für die wirtschaftliche Entwicklung notwendig sind, parallel zur richtigen Einsetzung und angemessenen Ausnutzung der bereits vorhandenen Kaderkräfte, sowie die Berücksichtigung der wissenschaftlichen und technischen Kader, Planung der Bildung einer Reihe von Kadern mit besonderen Qualifikationen für die Sache der gesamten Entwicklung des Landes.

Mit den großen Erfolgen unseres Volkes besitzt der Norden unseres Landes sehr günstige Bedingungen für die Fortsetzung des Aufbaus des Sozialismus, für die Lösung der oben dargestellten, sehr wichtigen und dringenden Aufgaben.

Unser Land hat große natürliche Reichtümer, viele Arbeitskräfte, eine Reihe von bereits herangewachsenen Kadern; unser Volk ist voller Mut, Verstand und Kreativität. Die sozialistischen Bruderländer werden uns mit allen Kräften unterstützen und helfen, um die Volkswirtschaft wiederherzustellen und zu entwickeln, um den Sozialismus aufzubauen. Wir haben viele Möglichkeiten für die Erweiterung der wirtschaftlichen Kooperation mit vielen Ländern und bekommen zugleich die herzlichste Unterstützung der Völker in der Welt. Unser Volk muß fortfahren, den Geist der Selbständigkeit zu entwickeln, um die wertvollen Hilfen der Bruderländer und anderer Länder richtig zu nutzen.

Die wichtigste Garantie einer erfolgreichen Verwirklichung der obengenannten Aufgaben besteht in der Verstärkung der Führung der Partei, der Stärkung der Parteidelegierten von der Zentrale bis zu den Zellen. Vervollkommnung des staatlichen Systems für die Garantie einer guten Verwaltung der Volkswirtschaft, die in großem Ausmaß und mit

großer Geschwindigkeit wächst. Forschung und schrittweise Verwirklichung der Verbesserung der wirtschaftlichen Verwaltung, Aufbau eines neuen wirtschaftlichen Verwaltungssystems.

Parallel zu der Entfaltung der Macht und der Verwaltungsfähigkeit des Staates Erweiterung der sozialistischen Demokratie, Aufklärung über die kollektive Herrschaft des Volkes. Große Beachtung der Aufgaben im ideologischen Bereich, so daß alle Menschen die errungenen großen Erfolge sehen, den noch zu beschreitenden Weg erkennen, um weiter ihre Kräfte zu entfalten, eifrig zu arbeiten, ihre Aufgaben zu erfüllen, mit neuem Schwung zu lernen, und noch strahlendere Erfolge für das Vaterland entschlossen zu erringen.

Unser vietnamesisches Volk ist entschlossen, die errungenen Erfolge zu entfalten, sich auf das Niveau der neuen Situation und der neuen Aufgaben zu erheben, und den Kampf für den Aufbau des Sozialismus im Norden, für die Vervollkommnung der nationaldemokratischen Revolution im Süden, für die Herbeiführung des Friedens, der Wiedervereinigung des Landes, für die vollständige Verwirkli-

chung des Testaments des großen Präsidenten Ho Chi Minh fortzusetzen. Zugleich ist es entschlossen, die Solidarität mit den laotischen und kambodschanischen Völkern zu verstärken, zusammen zu kämpfen, zusammen zu siegen in der Sache unserer ruhmreichen Revolution.

Der Kampf unseres Volkes ist ein gerechter Kampf. Wir haben die richtige politische Linie, die Stärke der Solidarität des ganzen Volkes, die herzlichste Unterstützung der sozialistischen Bruderländer und der fortschrittlichen Nationen in der ganzen Welt. Unser Volk wird unbedingt neue größere und umfangreichere Erfolge erringen.

Das heldenhafte Volk Vietnams wird unbedingt siegen!

Es lebe das friedliche, wiedervereinigte, unabhängige, demokratische und blühende Vietnam!

Es lebe für immer der große Präsident Ho Chi Minh in unserer Sache!

(Quelle: Nan Dan v. 22.2.1973)

Philippinen

Wir bringen im folgenden den zweiten Teil der Analyse von W.J. Pomeroy. Teil 1 (abgedruckt in AIB Nr. 3/1973) handelte vor allem von den US-amerikanischen Interessen in den Philippinen, von der Beherrschung der Wirtschaft des Landes durch die US-Konzerne und den daraus resultierenden Lebensbedingungen der philippinischen Massen.

W.J. Pomeroy

Krise des Neokolonialismus in den Philippinen (2)

Die Versuche der Imperialisten, die Philippinen auf dem Stand eines Agrarlandes zu halten, während die Industrie und der Konsumgütermarkt im wesentlichen in ausländischen Händen bleiben, verewigen für die große Mehrheit der Filipinos die rückständigen Lebensbedingungen. Neben der Vorherrschaft der imperialistischen Gesellschaften bildet die Tatsache, daß es nicht gelang, eine angemessene Landreform durchzuführen, einen besonders ins Auge springenden Grund für die Krise des Neokolonialismus auf den Philippinen. Zwischen 70 und 75 % aller Filipinos leben auf dem Land und 61 % der Erwerbstätigen arbeiten auf Farmen (im Vergleich zu 11 % in der Industrie). Schätzungsweise 9 Millionen Menschen, also fast ein Viertel der Gesamtbevölkerung, sind Pächter.

Diese Pachtverhältnisse und die Ausbeutung durch die Landbesitzer waren der Hauptgrund für die Unterstützung, die die Bauern in den Jahren zwischen 1940 und 1950 dem bewaffneten Kampf der Huk gewährten¹⁾. Wie bereits oben erwähnt, ist die Zahl der Pachtverhältnisse seit damals steil angestiegen, so daß heute über 50 % der Farmen auf den Philippinen davon betroffen sind. In den Provinzen von Zentral-Luzon, dort, wo auch die Huk ihre wichtigste Massenbasis besaß, hat der Anteil der Pachtungen mittlerweile 68 % erreicht, in Nueva Ecija sind es sogar 89 %.

Nach einem Bericht der Universität des Philippines Community Development Research Council von 1969 sind 92 % aller Pächter in Zentral-Luzon ihr Leben lang mit Wucherzinsen belastet. Man schätzt, daß aus den philippini-

schen Pächtern, die ohnehin schon an der untersten Einkommensgrenze rangieren, allein durch Wucherzinsen von 25 bis zu 300 % pro Jahr etwa 500 Millionen Pesos ²⁾ herausgepreßt werden, die an die Landbesitzer und die ländlichen Geldverleiher gezahlt werden müssen. Dazu kommen weitere 500 Millionen Pesos, die jährlich raffgierigen Zwischenhändlern zugute kommen.

Die Landarbeiter, die einen wachsenden Anteil der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft stellen, werden in ähnlich schändlicher Weise ausgenützt. Mitte der 50er Jahre wurde für Landarbeiter ein gesetzlicher Mindestlohn von 3,50 Pesos pro Tag festgesetzt. Diese Entscheidung wurde schamlos ignoriert, besonders auf der überwiegend Zucker produzierenden Insel Negros, wo das "Sacada"-Kontrakt-System vorherrscht. ³⁾ Eine Untersuchung des Philipinischen Kulturinstituts von 1969 ergab, daß 60 % der Zuckerpflanzler lediglich die Hälfte oder sogar noch weniger des Mindestlohns zahlten. Ein Prozeß, der unlängst wegen der "Sacadas" auf der Insel Negros im Distrikt Viktoria geführt wurde, deckte auf, daß allein dort in den Jahren 1955 - 1970 die Plantagenbesitzer die Landarbeiter um 89.872.480,96 Pesos betrogen hatten.

Diese Zustände, die die Massenverelendung der Bauern auf den Philippinen verdeutlichen, haben sich durch die verschiedenen Maßnahmen zur Landreform seit Erlangung der Unabhängigkeit praktisch kaum verbessert. Ein Pachtgesetz aus dem Jahre 1949, das die Ernte im Verhältnis 70:30 aufteilte, wurde nie in die Tat umgesetzt; die Tatsache, daß die Landbesitzer schamlos gegen dieses Gesetz verstießen, war vielmehr eine der Hauptursachen für die von der Unzufriedenheit der Pächter getragene Unterstützung für die Huk-Bewegung. Das Amt für Landwirtschaft veröffentlichte 1963 Statistiken, aus denen hervorging, daß nur 2 % aller Pächter die Ernte nach dem Verhältnis 70 : 30 aufteilen konnten, daß 76 % im Verhältnis 50 : 50 aufteilen und die übrigen mit weit weniger zufrieden sein mußten. Darüber hinaus sind die Verträge, welche die Anteile festlegen, nicht schriftlich fixiert, sondern lediglich mündliche Vereinbarungen, wobei die Grundbesitzer die Richtlinien diktieren.

Das Scheitern der Landreform

1955 verabschiedete die Regierung unter Magsaysay (die mit offener amerikanischer Unterstützung und einer Propaganda an die Macht gebracht wurde, die eine "Reform" versprach, um Huk-Anhänger "anzuziehen") ein Gesetz zur Landreform (Republic Act No. 1199), das zur

Aufgabe hatte, den Pächter und seine Teilungsabreden zu schützen und ein vertraglich fixiertes Pachtsystem zu fördern. Durch Ergänzungsgesetze wurde eine Landbesitzbehörde eingerichtet, deren Aufgabe es war, privates Land aufzukaufen, um es Pächtern zum Erwerb anzubieten, sowie ein Gericht für landwirtschaftliche Beziehungen zur Regelung von Streitfällen in der Landwirtschaft. Diese Gesetze erwiesen sich in der Praxis als derartige Fehlschläge, daß die Regierung Macapagal 1963 ein anderes Landreformgesetz verabschiedete, das im wesentlichen das gleiche Ziel verfolgte, nämlich eine Veränderung der bestehenden halbfeudalen Pachtverhältnisse zu einem Pachtsystem von "kleinen, unabhängigen Landbesitzern". Auch dieses Gesetz hat das Landproblem kaum positiv beeinflusst. Bis zum April 1971 haben die Maßnahmen von Magsaysay und Macapagal zusammen mit "praxisbezogenen" Maßnahmen der gegenwärtigen Verwaltung unter Marcos lediglich dazu geführt, daß 236 von 2 400 Bezirken zu "Landreformgebieten" erklärt wurden. Land wurde angekauft und verteilt oder verkauft, wobei für nicht mehr als 26 000 Pächter neue Pachtverträge unterzeichnet wurden. Infolge der hohen Investitionskosten und Zinsleistungen, die die neuen Landbesitzer aufbringen mußten, und weil die Regierung es versäumte, erschwingliche Produktions- und Warenkredite sowie Düngemittel bereitzustellen und Bewässerungsanlagen zu errichten, mußte die Mehrheit dieser wenigen neuen "kleinen, unabhängigen Landbesitzer" jedoch zwangsläufig in das alte wucherische Leihsystem zurückfallen, oder aber sie verloren ihre Farmen erneut an die Großgrundbesitzer.

Die praktische Durchführung der Landreform wurde durch den politischen Einfluß der Großgrundbesitzer in beiden großen Parteien fast unmöglich gemacht. Das Gesetz von 1963 zum Beispiel wurde durch 111 Ergänzungen zerpfückt, die nicht nur große Gebieten von der Reform ausschlossen, sondern auch die Einrichtung und Bewilligung von Regierungsfonds zum Aufkauf von Land stark behinderten. Während der Jahre 1955 bis 1968 siedelte die Landbesitzbehörde lediglich 2 000 Familien pro Jahr auf angekauften oder öffentlichen Land an, während allein durch den natürlichen Bevölkerungszuwachs die Zahl der auf dem Lande lebenden Familien um 60 000 jährlich zunimmt. Die für die Landreform bewilligte Gesamtsumme belief sich von 1963 bis 1970 auf 115,5 Mio. Pesos, wovon jedoch tatsächlich nur 70,4 Mio. zur Verfügung standen; davon wurden allein über 50 Mio. Pesos für die Gehälter im vergrößerten Verwaltungsapparat verbraucht.

Der größere Teil des unentwickelten staat-

Philippinen: ein Überblick

Offizielle Bezeichnung: Republic of the Philippines – Republika ng Pilipinas – Republik der Philippinen

Territorium: Die Philippinen sind ein Archipel von 7107 Inseln im Pazifik. Gesamtfläche: 299 404 km². Größte Insel: Luzon (105 710 km²), Mindanao (94 596 km²), Samar, Negros, Palawan. Nur rund 800 Inseln sind bewohnt.

75 Prozent des Landes sind gebirgig (durchschnittlich 500 bis 1500 m ü. d. M.). Die höchste Erhebung ist der Apo (Mindanao) – 2953 m. Über die Hälfte des Landes ist mit Wald bedeckt. Ein Fünftel ist Grasland, und ein Viertel sind bebaute sowie brachliegende Ländereien. Klima: tropisch, in den flachen Gebieten feucht, in den Bergen gemäßiger. Jahresmittel der Temperatur: 27 °C (Manila).

Bevölkerung: 38,8 Millionen Einwohner (1971).

Hauptstadt: Quezon City (Luzon) – 1971 = 900 000 Ew.; wichtigste Stadt: Manila (Luzon) – 1971 = 2,7 Mill. Ew.

Es gibt eine Vielzahl von ethnischen Gruppen, Völkern und Stämmen sowie 87 Regionalsprachen und Dialekte. Am verbreitetsten ist das Tagalog (Pili-pino). Kommunikationssprache: Englisch. Auf einzelnen Inseln sprechen noch 20 Prozent der Bevölkerung spanisch.

Religion: 80 Prozent Katholiken, 15 Prozent andere christliche Bekenntnisse, 5 Prozent Moslems (Mindanao).

Währung: 1 Peso = 100 Centavo = 0,1525 US-Dollar (Juni 1972).

Administration: Präsidentialrepublik nach US-amerikanischem Muster.

Präsident: Ferdinand E. Marcos (Nationalistische Partei). Marcos konnte als erster Präsident in der Geschichte der Philippinen zweimal hintereinander gewählt werden (1965, 1969).

Die Philippinen sind in 57 Provinzen untergliedert.

Geschichte: Die Urbevölkerung der Philippinen bestand aus austronesischen Negritostämmen (Aeta), die später von malaisischen Völkern fast vollständig verdrängt wurden. Im Jahre 1521 entdeckte Magellan den Archipel. Die Inseln wurden daraufhin in das spanische Kolonialreich eingegliedert. Als Folge des Krieges zwischen den USA und Spanien wurden die

Philippinen 1898 von den USA okkupiert. Unter Führung der Kommunistischen Partei der Philippinen entstand 1942 die anti-japanische Befreiungsbewegung Hukbong Bayan Laban Sa Hapon (Hukbalahab), die weite Gebiete von den Japanern befreite.

Mit dem Sieg über Japan und der Erklärung der Unabhängigkeit der Philippinen am 4. Juli 1946 verstärkten die USA und reaktionäre Kreise im Lande ihre Bemühungen, die unter Führung der KP stehenden demokratischen Kräfte zu schwächen. Dies führte zum blutigen Terror gegen die KP und die Hukbalahab und deren weitgehende Vernichtung Anfang der fünfziger Jahre.

Den USA gelang es, den Philippinen 1946/48 mehrere ungleiche Abkommen auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet aufzuzwingen, die ihnen die weitere Hegemonie sicherten. 1954 wurden die Philippinen Mitglied der SEATO. Von 1966 bis 1969 nahmen philippinische Truppen an der USA-Aggression in Vietnam teil. Noch immer unterhalten die USA eine Anzahl von Stützpunkten auf den Philippinen. Die bedeutendsten sind „Clark Air Force“ und „Subic Bay“, die zu den größten Basen außerhalb der USA gehören.

Parteien: Kommunistische Partei der Philippinen. 1930 gegründet, konnte sie nur mit kurzen Unterbrechungen legal arbeiten. Seit 1957 befindet sie sich erneut in der Illegalität. Trotz grausamer Verfolgungen ist sie gegenwärtig erfolgreich bemüht, sich zu konsolidieren.

Sozialistische Partei (SP). Die Partei wurde von führenden Gewerkschaftsverbänden 1963 als „Arbeiterpartei“ gegründet und 1967 in SP umbenannt. Sie organisiert ihre Tätigkeit auf der Basis sozialdemokratischer Vorstellungen und konnte insbesondere in der Gewerkschaftsbewegung ihren Einfluß erhöhen.

Nationalistische Partei (NP). Die regierende Nationalistische Partei ist genau wie die ihr „oppositiv“ gegenüberstehende Liberale Partei (LP) ein Instrument der herrschenden Klasse (feudale Großgrundbesitzer und Bourgeoisie). Der Vorläufer beider Parteien war die 1907 gegründete „Partido Nacionalista“, die sich 1946 in die NP und LP spaltete.

Wirtschaft: Die Philippinen sind ein Agrarland mit schwachentwickelter Industrie. Die Landwirtschaft erbringt etwa 60 Prozent des gesellschaftlichen Gesamtprodukts und 80 Prozent des Exports. Hauptprodukte sind Reis, Mais, Kaffee, Tabak, Zuckerrohr, Kopra, Maniok und Manilahanf. 60 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche gehören Großgrundbesitzern, drei Fünftel der Bevölkerung sind landlose und landarme Bauern, die zu den Landbesitzern in noch größtenteils feudalen Abhängigkeitsverhältnissen stehen. Die 1963 zum Gesetz erhobene Bodenreform ist bis heute nicht durchgeführt. Die landlosen und landarmen Bauern, die gezwungen sind, von den Großgrundbesitzern Land zu pachten, müssen auch weiterhin bis zu 75 Prozent der Ernte als Pachtzins zahlen.

Die Industrie, in der Hauptsache kleine und mittlere Betriebe der verarbeitenden Industrie, konzentriert sich vorwiegend im Raum von Manila. Der Anteil der Arbeiterklasse an der Bevölkerung ist für asiatische Verhältnisse relativ hoch (35 Prozent der arbeitenden Bevölkerung). Es handelt sich zumeist um Ländarbeiter, die von den Großgrundbesitzern einen Tageslohn von etwa 3 Peso erhalten. 75 Prozent des gesamten Nationaleinkommens eignen sich nur 3 Prozent der Bevölkerung an. Im Verhältnis zu 1958 sanken die Reallöhne 1971 auf 80,9 Prozent. Die Zahl der Arbeitslosen wächst ständig, 37 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung sind arbeitslos oder nur teilweise beschäftigt. Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen lag 1971 bei 133 US-Dollar.

Der Einfluß vor allem US-amerikanischer, aber auch japanischer Monopole in der Wirtschaft ist beträchtlich. Diese Monopole beherrschen einen Großteil der wichtigsten Industriezweige, des Exports und Imports und die Förderung der wichtigsten Rohstoffe (Eisen, Chrom, Kupfer u. a.).

Die Außenhandels- und die Zahlungsbilanz des Staates sind schon seit Jahren passiv, was bis 1971 zu einer Gesamtverschuldung von 2,16 Mrd. US-Dollar führte. Hauptgläubiger sind die USA (1 Mrd. US-Dollar), Japan und die BRD. Auf Grund der großen Abhängigkeit des Landes von den imperialistischen Haupt-

mächten wirkt sich die allgemeine Wirtschafts- und Finanzkrise des imperialistischen Systems stark auf die Philippinen aus. In den letzten Jahren betrug die Inflationsrate für den Peso pro Jahr etwa 20 Prozent.

Aktuelle Lage: Noch immer sind die demokratischen Kräfte zersplittert. Das erschwert die Herausbildung einer einheitlichen Kampffront. Auf Grund der drückenden sozialen Lage des größten Teils der Bevölkerung sind die sozialen Spannungen und Konflikte in den letzten Jahren ständig angewachsen. Diese Spannungen sind auch ein guter Nährboden für alle Spielarten linksradikaler Abweichungen einschließlich des Maoismus. Die Reaktion benutzt diese Strömungen, die teilweise von rechten Kreisen und der CIA unterstützt werden, als Vorwand für die brutale Unterdrückung der demokratischen Kräfte. Gleichzeitig wird versucht, durch Ausnutzung von religiösen Auseinandersetzungen zwischen Moslems und Christen auf Mindanao vom Klassenkampf abzulenken.

In den letzten Jahren hat sich die anti-amerikanische Stimmung verstärkt. Auf dieser Grundlage ist es zu einer Reihe loser Vereinigungen (Patriotische Bewegung, Liga für den Nationalismus in der Wirtschaft und in der Kultur u. a.) gekommen, die nahezu Vertreter aller Klassen und Schichten einbeziehen. Teile der nationalen Bourgeoisie arbeiten aktiv in diesen Organisationen mit, weil sie in der Vorherrschaft des USA-Kapitals das Haupthindernis für die volle Entfaltung ihrer Klassenherrschaft sehen. Die Auswirkungen des veränderten internationalen Kräfteverhältnisses sowie die wachsenden Aktivitäten der einheimischen demokratischen Kräfte haben dazu geführt, daß etwa seit dem Amtsantritt des jetzigen Präsidenten Marcos sich die Tendenz entwickelt, von starren pro-amerikanischen Positionen abzugehen. Gegenwärtig werden z. B. zwischen den Regierungen der Philippinen und der USA Fragen diskutiert, die die weitere Existenz der amerikanischen Militärstützpunkte im Archipel betreffen.

In diesem Frühjahr wurden erstmalig diplomatische Beziehungen zu sozialistischen Staaten (Rumänien und Jugoslawien) aufgenommen. Es gibt ebenfalls Ansätze einer Normalisierung des Verhältnisses zur UdSSR.

Bernhart Fredmann

lichen Landbesitzes befand sich auf der südlichen Insel Mindanao. Dieses Land ging nicht in die Hand kleiner Siedler über, sondern fiel an große, raffgierige Landaufkäufer, die es abholzten, Bergbau betrieben, Vieh züchteten oder Obstplantagen errichteten. Diese Landnahme griff sogar über auf traditionell von der mohammedanischen Minderheit besetztes Land; die Moslems griffen daraufhin zu den Waffen, um ihre Besitzrechte zu verteidigen; es entwickelte sich daraus ein sich ständig ausweitender Bauernkrieg, der bisher Hunderte von Toten gefordert hat und den die philippinische Polizei und Armee auf der Seite derjenigen führt, die sich das Land aneignen; viele dieser Landaufkäufer verfügen über politischen Einfluß.

Zielkonflikt imperialistischer Politik

Es muß erwähnt werden, daß eine Landreform auf den Philippinen seitens der amerikanischen Imperialisten ebenso wie von Kreisen der nationalistischen philippinischen Bourgeoisie und von revolutionären Kräften unterstützt worden ist. 1952 finanzierte die US Mutual Security Administration zwei Untersuchungsberichte, den Hardie-Report und den McMillan-Rivera-Report, welche eine grundlegende und weitreichende Reform empfahlen, die das Pachtverhältnis abschaffen und eine Agrar-Wirtschaft auf der Basis Eigentümer = Bebauer schaffen sollte. Diese Empfehlungen verfolgten gleichzeitig zwei Ziele: 1. den sich damals ausweitenden bewaffneten Kampf der Huk durch Reformen zu unterlaufen und 2. den Markt der Philippinen für amerikanische Güter zu erweitern, indem man die Kaufkraft der bäuerlichen Mehrheit der Bevölkerung an hob. Die Großgrundbesitzer protestierten aufs Schärfste gegen diese Berichte, die sie als "kommunistisch inspiriert" bezeichneten. Die US-Behörden wurden gezwungen, die Berichte zu verwerfen. Der amerikanische Imperialismus sah sich in dem Widerspruch befangen, daß er einerseits eine Ausweitung des Marktes für seine Produkte anstrebte, andererseits aber die Unterstützung der mit ihm verbündeten Landbesitzer aufrecht erhalten mußte, da eine Beschneidung ihrer Macht oder gar ihre gänzliche Ausschaltung den Umsturz des neokolonialistischen Systems bedeuten würde.

Die nationalistische Bourgeoisie hatte selbst glühende Verfechter einer Landreform, die diese als Mittel sahen, den einheimischen Markt zu stimulieren und die Industrialisierung zu fördern. Ein Wandel der amerikanischen Einstellung zur Landreform auf den Philippinen kann sowohl auf die Furcht vor einem Er-

starken dieser Gruppe im Schutz entsprechender wirtschaftlicher Kontrollen Ende der 50er Jahre zurückgeführt werden, als auch auf die Furcht, die verbündeten Großgrundbesitzer zu schwächen.

Anstatt durch die Abschaffung der halbfeudalen Agrarstruktur freiwerdendes Kapital in industrielle Investitionen zu lenken, führte die Vereitelung der Landreform zur Entwicklung von drei verschiedenen Typen philippinischer Monopolisten: Landbesitzer, Kapitalisten und Kompradoren. Die Handvoll außerordentlich reicher Familien, die Wirtschaft und Politik der Philippinen beherrschen, hat diesen dreifachen Charakter angenommen, indem sie ihren ausgedehnten Landbesitz behielt, während sie gleichzeitig in der Industrie Fuß faßte und in den Handel einstieg. Diejenigen, die aus der Industrie oder dem Handel kommen, versuchen oft, Landbesitz zu erwerben. Für den amerikanischen Imperialismus stellen diese Gruppierungen, zu denen er durch die Übernahme von Anteilen Zugang hat, eine willkommene Verstärkung seiner eigenen Investitionsstruktur dar.

Daß die Landreform nicht in die Tat umgesetzt wurde, bedeutet nicht, daß sich an den Beziehungen auf dem Land nichts änderte. Während sich der Anteil der Pachtungen an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe erhöhte, trat ein anderes, gleichermaßen signifikantes Phänomen auf: die steigende Zahl der Landarbeiter; ihr Anteil wird heute auf 60 % der gesamten bäuerlichen Bevölkerung geschätzt. Das Bevölkerungswachstum, das große Reserven an unbeschäftigten ländlichen Arbeitskräften entstehen ließ, hat diese Entwicklung gefördert, die aber auch im engen Zusammenhang steht mit der steigenden Mechanisierung auf den Gütern der Großgrundbesitzer und mit einem beständigen Prozeß der Kapitalisierung der Landwirtschaft. Amerikanische Interessen, nun nicht mehr bestimmt durch die früher erhobenen Forderungen nach einer Landreform, haben diesen Trend gefördert; eine Haltung, die im Einklang steht mit den Interessen und Aktivitäten der großen amerikanischen agro-industriellen Gesellschaften, wie der United Fruit Co., Dole und Del Monte. Diese Firmen sind in direkter Zusammenarbeit mit der philippinischen Regierungsgesellschaft 'National Development Co.' und unter offener Verletzung der philippinischen Verfassung, die den Landbesitz von Gesellschaften auf 1024 ha begrenzt, in großangelegte Landkäufe eingestiegen (10 000 Hektar gingen in einer einzigen Konzession an die United Fruit, 8 000 Hektar an Dole).

Die Veränderungen im Bereich der Landwirtschaft vollzogen sich also im Rahmen der altergebrachten agrarischen Besitzverhältnisse und haben im Grunde keine Verbesserungen für die Masse der landlosen Bauern gebracht, die dadurch sogar noch tiefer ins Elend gestoßen wurden. Als ein Ergebnis davon nahm die Unzufriedenheit auf dem Lande wieder die Ausmaße regelrechter Revolten an. Mit der Unterdrückung der Huk-Bewegung verschwanden keineswegs alle Formen des bewaffneten Kampfes; sie haben sich in den verschiedensten Formen erhalten, die vom Banditentum bis zu wirklich revolutionären Kräften reichen, während sich gleichzeitig in vielen Provinzen neue starke Bauernbünde organisiert haben. Insbesondere in Mittel-Luzon stellt die wahllose Ermordung von Bauern durch paramilitärische Einheiten der Landbesitzer und der Regierung und die Gegenwehr durch bewaffnete Bauern eine Wiederholung des Vorspiels zur Revolte von 1946 dar.

Neokolonialistische Politik

Man ist sich im allgemeinen darüber einig, daß Unabhängigkeit für eine ehemalige Kolonie politische Freiheit bedeutet und daß die neokoloniale Ausbeutung deshalb bestehen bleibt, weil die ökonomische Freiheit nicht erlangt wird. Das gibt nur ungenau wieder, wie sich die dauernde Vorherrschaft der imperialistischen Gesellschaften gestaltet, deren Aktivitäten auch politische Freiheit einschränken und verhindern. Auf den Philippinen könnte man der Fehlentwicklung und der beständigen Krise leichter begegnen und sie überwinden, wenn es Freiheit im politischen Bereich gäbe.

Tatsache ist, daß die politischen Parteien der Philippinen, die Politik und die innen- und außenpolitischen Maßnahmen der Regierung von Anfang an vom amerikanischen Imperialismus beeinflusst und kontrolliert worden sind.

Die politische Macht schwankte zwischen den beiden großen Parteien, der "Nacionalista" und der "Liberal". Es gibt keine wirklichen ideologischen Unterschiede zwischen ihnen, beide setzen sich zusammen aus Interessengruppen der Landbesitzer, der Kompradoren und der neuen Bourgeoisie, wobei jede Gruppe innerhalb dieser Parteien ihre Interessen besonders geschützt und unterstützt haben will. Da ideologische Fragen eine geringe Rolle spielen, treten Persönlichkeiten und nicht politische Programme in den Vordergrund. Bezeichnend für die Machtpolitik einzelner Personen, aber auch ganzer Regionen ist die Tatsache, daß sowohl Spitzenmitglieder als auch niedrige Chargen häufig von der einen zur anderen Partei wech-

seln. Präsident Ramon Magsaysay, der 1953 gewählt wurde, und auch der gegenwärtige Amtsinhaber Präsident Ferdinand Marcos, 1965 erstmals gewählt, waren beide Führer der Liberalen Partei und wechselten mit amerikanischer Rückendeckung zur Nacionalista Partei über, um sich die Präsidentschaftskandidatur zu sichern. Bis zur Wiederwahl Marcos' für eine zweite Amtsperiode im Jahre 1969 bestand die US-amerikanische Interessenspolitik darin, einen ständigen Wechsel in der Verwaltung zu fördern und die Machtkämpfe rivalisierender Politiker zu schüren, weil dieser Weg der geeignetste schien, das Erstarken von Gruppen zu verhindern, die zu unabhängigen Positionen hätten gelangen können, weiterhin darin, das Ausmaß der Korruption zu vergrößern und sich der Loyalität und Verbundenheit derer zu versichern, die mit amerikanischer Unterstützung zu Amt und Würden gekommen waren. Seit 1970 wird mit amerikanischer Rückendeckung verstärkt gegen Präsident Marcos intrigiert, um jedwede Verselbständigung seiner Politik zu verhindern, zu der ihn seine lange Amtszeit ermutigen könnte.

Außer Versuchen der katholischen Kirche, ihre eigenen politischen Bewegungen als Mittel einzusetzen, um Pressionen von Seiten der Nationalisten zu begegnen, gab es nur einen bedeutenden bürgerlich-liberalen Versuch, aus der neokolonialistischen Politik auszubrechen und eine ideologische Auseinandersetzung in Gang zu bringen. Das war die Nationalistische Bürgerpartei, geführt von dem hervorragenden bürgerlichen Nationalisten Senator Claro M. Recto. Die Partei wurde in der Zeit der verschärften Wirtschaftskontrollen gegründet und versuchte, sich in den Jahren zwischen 1957 und 1961 an die Macht zu bringen. Die nationalistic Bürgerpartei verfolgte eine stark nationalistische, antiimperialistische Linie, die für die Aufhebung der neokolonialistischen Abmachungen mit den Vereinigten Staaten, für die Industrialisierung, für eine unabhängige Außenpolitik und Beziehungen zu den sozialistischen Ländern und für demokratische Freiheiten im eigenen Land eintrat. Die Partei erhielt Rückendeckung von nationalgesinnten Wirtschaftszweigen. Durch den Tod von Recto 1960 verlor die Partei jedoch an Bedeutung, und 1962 wurde ihr mit dem Abbau der Zwangswirtschaft die Basis entzogen, wonach ihr Anhang dazu tendierte, sich innerhalb der beiden großen Parteien einzufügen. Seither sind die Erfolgsaussichten von unabhängigen national-bürgerlichen Gruppierungen ständig durch eine imperialistische Politik unterhöhlt worden, die solche Gruppen zu untergeordneten Partnern macht, während das Wort

'Nationalismus' von den an der Macht befindlichen Parteien und dem amerikanischen Imperialismus selbst - freilich als reines Lippenbekenntnis - übernommen wurde.

Direkte Manipulation durch die USA

Die amerikanische Manipulation der philippinischen Politik war gelegentlich direkter. Der Aufbau von Ramon Magsaysay während der Präsidentschaftswahl 1953 wurde zugegebenermaßen von einem CIA-Agenten, Colonel Edward Lansdale gemanagt; ihm wurde später auch die Schaffung des Ngo-Dinh-Diem-Regimes in Südvietnam zugeschrieben. Zunächst machte man Magsaysay zum Verteidigungsminister in der von der Liberalen Partei gestellten Regierung unter Präsident Elpidio Quirino, den die Amerikaner "zum alten Eisen werfen" wollten, da er an Ansehen stark eingebüßt und die Unterdrückung der Huk-Bewegung nicht energisch genug betrieben hatte. Sobald Magsaysay und die JUSMAG die philippinische Armee völlig unter Kontrolle hatten, konnte Magsaysay zur Nacionalista Partei übergeschoben werden, um gegen Quirino zu kandidieren. Am Wahltag fuhrn amerikanische Kriegsschiffe ostentativ in die Bucht von Manila ein, die JUSMAG schickte amerikanische Offiziere zu allen Kommandostellen der philippinischen Armee, um ihre 'Loyalität' zu gewährleisten, und in verschiedenen Gebieten wurden Waffen gelagert, um im Falle eines Wahlsieges von Quirino einen Staatsstreich zu inszenieren.

In der Regel hat der amerikanische Imperialismus jedoch genügend Mittel der politischen Kontrolle, um eine offene Intervention unnötig zu machen. Der riesige Hebel wirtschaftlicher Macht ermöglicht es, große Summen in die Wahlkampfkassen der favorisierten Kandidaten fließen zu lassen (ein Wahlgesetz, das ausländische Beiträge zu Wahlkampagnen verbietet, ist leicht zu umgehen oder gar zu ignorieren: 1971 ersuchte die von der Regierung eingesetzte Wahlkommission selbst die amerikanische Handelskammer um Gelder für Plakatwände und Werbeflächen für Kandidaten der verfassungsgebenden Versammlung). Bei Wahlen auf den Philippinen fällt am meisten die alles in den Schatten stellende Bestechung und Korruption auf, der man sich bedienen kann - und sich bedient - um irgendeine Regierung zu Fall zu bringen.

Ein Kongreßausschuß, der die Wahlkampfausgaben für das Jahr 1965 untersuchte, ermittelte die folgenden Preise für die Erringung einer Kandidatur und um gewählt zu werden: für einen Posten in der Stadt oder Provinz zwischen 50 000 und 100 000 Pesos; ein Sitz im Kongreß kostet 150 000 Pesos oder mehr; ein Sitz im Senat

250 000 Pesos oder mehr; für die Präsidentschaft sind 5 Millionen bis 10 Millionen Pesos nötig. In den letzten Jahren mußten jedoch diese Geldsummen allein aufgewendet werden, um Delegierte und Parteiführer zu kaufen. Die Aufwendungen für den Wahlkampf selbst, einschließlich des Kaufes von Stimmen zum Preis von 5 Pesos oder mehr für jede einzelne, verlangen weit größere Mittel. Gegenwärtig nimmt man an, daß es einen Präsidentschaftskandidaten 50 Millionen kostet, das höchste Staatsamt zu gewinnen, wobei der Preisanstieg sich proportional der Rangleiter nach unten fortsetzt.

1962 kam es zu einem riesigen Skandal, der "Stonehill Affair", bei dem ein amerikanischer Geschäftsmann, Harry S. Stonehill, der massenhaften Bestechung ganzer Gruppen von Kongreßabgeordneten, Senatoren und Minister angeklagt wurde; er hatte auf diese Weise ein industrielles Imperium errichten wollen. Der Fall wurde nicht etwa von philippinischer Seite ans Licht gebracht, sondern durch die US-Regierung, die auf Betreiben etablierter amerikanischer Interessengruppen eingriff, die es einem Emporkömmling übelnahm, daß er sie durch rigorose Anwendung von Methoden, die sie selbst viel "behaltsamer" handhabten, aus dem Geschäft boxen wollte. Stonehill hatte ein wachsendes Monopol für Tabak, Zement, Glas, Presse, Öl, Grundbesitz und sonstigen Investitionen geschaffen. In einem Memorandum des US-Außenministeriums heißt es: "es ist für die Interessen Amerikas auf den Philippinen von höchster Bedeutung, irgendwelche Möglichkeiten zu finden, um Stonehill von den Philippinen weg zu bekommen und seinen Würgegriff dort zu brechen", da Stonehills "persönlicher Einfluß ausreichen könnte, die gesamten amerikanischen Bemühungen zu unterlaufen" (d.h., den Einsatz der etablierten Investoren). Als in Manila Razzien in Stonehills Häusern durchgeführt wurden, geschah dies auf Veranlassung von Agenten der US-Regierung, durch die ihnen unterstellten philippinischen Geheimdienste. Durch diese Aktionen fiel belastendes Material über eine Vielzahl philippinischer Politiker und Persönlichkeiten in die Hände der Amerikaner; seither behaupten Berichte in den Zeitungen von Manila, daß diese Dokumente als zusätzliches Druckmittel zur Beeinflussung der Politik verwendet werden, so auch in der verfassungsgebenden Versammlung, die im Juni 1971 zusammentrat.

Alles übertreffende Korruption

Die alles übertreffende politische Korruption, der eklatante Mißbrauch von öffentlichen Ämtern zur persönlichen Bereicherung, der offen



Mit modernsten Waffen, chemischen Kampfstoffen und Napalm führt Portugal Krieg gegen die Bevölkerung von Angola, Guinea-Bissau und Mocambique. Häufig bewirken die Terrorangriffe der portugiesischen Luftwaffe die völlige Zerstörung der Dörfer und Anbaugelände.

SOLIDARISCH

mit den Völkern von

ANGOLA GUINEA-BISSAU MOCAMBIQUE



Portugal erhält seine Waffen hauptsächlich von NATO-Staaten. Dieses Flugzeug wurde von Freiheitskämpfern abgeschossen.



Die von der BRD gelieferten Fahrzeuge, wie dieser Mercedes-Benz, werden zu Terroraktionen gegen die Bevölkerung benutzt.

Seit über zehn Jahren kämpfen die Völker von Angola, Guinea-Bissau und Mocambique gegen die Unterdrückung und Ausbeutung durch den portugiesischen Kolonialismus, der ihnen in fünf Jahrhunderten wirtschaftliche Rückständigkeit, Hunger und Armut gebracht hat.

Neunzig Prozent der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt, aber nicht als freie Bauern und Pächter, sondern vor allem als Landarbeiter auf großen Plantagen.

Der einheimischen Bevölkerung wurden praktisch bis zum heutigen Tage alle politischen Rechte vorenthalten. Die Arbeitsbedingungen der schwarzen Bevölkerung weisen noch immer die Merkmale von Zwangsarbeit auf: die Afrikaner können mehr als sechs Monate im Jahr zur Arbeit für private Unternehmer und für den Staat gezwungen werden. Selbst Kinder müssen - für einen Hungerlohn - ihre Arbeitskraft an die Plantagenbesitzer verkaufen.

Niedrige Löhne, eine katastrophale medizinische Versorgung (durchschnittliche Lebenserwartung 30 Jahre), hohe Kindersterblichkeit (bis zu 60 %) und niedrigstes Bildungsniveau

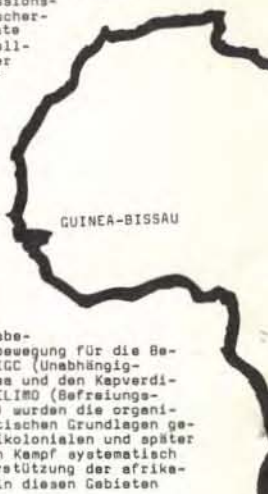
- der christliche Missionsauftrag Portugals bescherte seine Anfallabenzrate von fast 99 % - vervollständigen das Bild der Ausbeutung durch Portugal zur Sicherung von kolonialen Extraprofiten.

Ansätze zu einer Opposition gegen die portugiesische Kolonialherrschaft hatte es zwar schon seit Beginn der Kolonisierung gegeben; aber erst seit Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre, mit der Gründung der nationalen Befreiungsbewegungen MPLA (Volkbewegung für die Befreiung Angolas), PAIGC (Unabhängigkeitspartei von Guinea und den Kapverdischen Inseln) und FRELIMO (Befreiungsfront von Mocambique) wurden die organisatorischen und politischen Grundlagen geschaffen, um den anticolonialen und später antiimperialistischen Kampf systematisch und mit breiter Unterstützung der afrikanischen Bevölkerung in diesen Gebieten führen zu können.

Aus der Erkenntnis heraus, daß ein gemeinsamer Feind am wirksamsten gemeinsam bekämpft werden kann, gründeten die drei Befreiungsbewegungen einen Dachverband CONCP (Konferenz der Nationalen Organisationen der Portugiesischen Kolonien). Sie beschlossen ein gemeinsames Kampfprogramm. Die Ziele ihres Kampfes sind:

die Befreiung vom kolonialen Joch, die Schaffung demokratischer Verhältnisse. Das Volk soll Träger der politischen Entscheidungen werden. Die Wirtschaft wird unabhängig von ausländischen Interessen aufgebaut, jede Form von Ausbeutung wird beseitigt, wie auch mit den anderen Missetaten des Kolonialismus im Bildungs-, Gesundheits- und kulturellen Sektor Schluß gemacht wird.

Auf Grund seiner wirtschaftlichen Rückständigkeit und militärischen Schwäche ist Portugal allein nicht in der Lage, den jahrelangen massiven Widerstand der Völker in den Kolonien zu bekämpfen. Dies gelingt ihm nur mit der tatkräftigen Unterstützung durch die NATO, insbesondere durch die USA, die BRD, Frankreich, Großbritannien und Italien. Die Hilfe der USA



Gemeinsamer Feind



Mit Hilfe von Zwangsarbeit sollen die kolonialen Extraprofite erhalten werden.

ARITÄT

on A -BISSAU BIQUE



Gemeinsam kämpfen, gemeinsam siegen! Der Kampf um die Befreiung vom Joch des Kolonialismus ist für die Frauen untrennbar mit dem Kampf um die Aufhebung ihrer besonderen Unterdrückung verbunden.

und Frankreichs konzentriert sich vor allem auf die Ausrüstung der Luftwaffe, d.h. die Lieferung von Flugzeugen für den Einsatz in den Kolonien. Von der BRD erhielt Portugal u.a. die Lizenz zum Bau von G-3 Maschinengewehren. Die Gründe für eine solche Unterstützung des portugiesischen Kolonialismus sind: Sicherung der für die NATO strategisch wichtigen Punkte im Atlantik, Absicherung der Kapitalinteressen in diesen Gebieten. So hat z.B. die Gelenkirchener Bergwerke AG in Mocambique Erdölkonzessionen, Georg v. Opel und das Hamburger Transportunternehmen U.J. Jessen & Co beherrschen den Wohnungsbau in Luanda/Angola.

Trotz der weitreichenden militärischen Unterstützung Portugals durch die imperialistischen Länder, trotz Massaker, Nahrung und Entlaubungsmitteln, um die Bevölkerung und die Befreiungskämpfer einzuschüchtern und ihre Ernährungsgrundlage zu zerstören, nehmen die Erfolge der Befreiungsbewegungen ständig zu.

In Angola kämpft die MPLA in zehn von dreizehn Distrikten des Landes und kontrolliert etwa die Hälfte des Territoriums.

In Guinea-Bissau sind etwa zwei Drittel des Landes von der PAIGC befreit worden.

Die FRELIMO kontrolliert in Mocambique ca. ein Drittel des Landes.

In diesen befreiten Gebieten ist es gelungen, die Produktion von Nahrungsmitteln zu steigern

(z.T. auf genossenschaftlicher Basis) das medizinische Versorgungsnetz auszubauen, einer immer größeren Zahl von Kindern und Erwachsenen

die Möglichkeit zu geben, eine Schule zu besuchen und eine demokratische Verwaltung aufzubauen.

Damit Rassismus und Ausbeutung, Armut und Unwissenheit schnell und endgültig beseitigt werden können, müssen wir, die Bevölkerung der Bundesrepublik, unsere materielle und politische Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien verstärken. Wir fordern von jeder Bundesregierung, daß sie jegliche militärische und wirtschaftliche Unterstützung für den Kolonialkrieg einstellt und die Befreiungsbewegungen als einzige legitime Vertreter ihrer Völker anerkennt.



In den befreiten Gebieten sorgen Ärzte für die Gesundheit der Bevölkerung.



Eine große Zahl von Kindern und Erwachsenen hat in den befreiten Gebieten erstmals die Möglichkeit, eine Schule zu besuchen.

Gemeinsamer Kampf



Obwohl Portugal versucht, die Ernten mit chemischen Kampfstoffen zu verseuchen und die Bewohner durch Bombenterror an der Feldarbeit zu hindern, konnte mit Hilfe neuer Anbaumethoden und unter dem militärischen Schutz der Befreiungstreitkräfte der Ertrag gesteigert werden.



zur Schau getragen wird, der Kauf von Stimmen und der Terror bei den Wahlen, das Verbot der Kommunistischen Partei und anderer linker Gruppierungen, die Unterdrückung von liberalen oder nationalistischen Alternativ-Parteien und die offensichtliche Unterwürfigkeit der Regierung unter das Diktat der USA haben zu einer Desillusionierung und wachsenden Ablehnung der beiden Hauptparteien durch die Filipinos geführt. Bei den Präsidentschaftswahlen von 1969 wurde ein Boykott der Kandidaten sowohl der Liberalen als auch der Nationalistischen Partei von der progressiven Bewegung und der im Untergrund arbeitenden Kommunistischen Partei befürwortet. Die Einhaltung dieses Boykotts war in einigen Gegenden, besonders in der Hauptstadt Manila, deutlich bemerkbar und alarmierte beide bürgerlichen Parteien.

Selbst in amerikanischen Kreisen wächst die Einsicht, daß das System des Neokolonialismus, das seit der Unabhängigkeit die politische Szene bestimmte, sich jetzt immer mehr als ungeeignet erweist, dem revolutionären Druck, der sich in der philippinischen Gesellschaft entwickelt, Einhalt zu gebieten. Einige Zeit lang wurden Gedanken an eine Diktatur, eine Diktatur eines zivilen 'Starken Mannes' oder des Militärs auf den Philippinen laut. Der wichtigste Gegenspieler von Präsident Marcos, Senator Benigno Aquino Jr., assoziiert mit der liberalen Partei, hat offen diktatorische Maßnahmen für den Fall seiner Machtübernahme angekündigt. Durch die Gerüchte über Staatsstreich hat sich Marcos selbst in diktatorische Maßnahmen geflüchtet: Im August 1971 rief er nach einem Bombenanschlag den Notstand aus, wodurch die demokratischen Grundrechte außer Kraft gesetzt wurden; das war ein Schlag gegen seine politischen Gegner unter dem Vorwand, gegen revolutionäre Gruppen vorzugehen.

Das Ablegen der letzten Reste eines "demokratischen" Scheins und der Rückgriff auf offenen autoritäre Herrschaftsformen ist offensichtlich das nächste Stadium des Neokolonialismus. Die imperialistischen Drahtzieher, die zu einer solchen Lösung tendieren, und die eine solche Lösung in Thailand und Indonesien für gut befunden haben, könnten jedoch möglicherweise bei der Anwendung auf den Philippinen auf Schwierigkeiten stoßen, wo die großen, in der philippinischen Spielart der "Demokratie" verwurzelten politischen Rivalitäten schwer zu beseitigen sind, ganz zu schweigen von der Reaktion der Bevölkerung, die sich auf einer anderen Ebene vollziehen würde.

Aufschwung und Tendenzen des antiimperialistischen Kampfes

Die auf gesellschaftliche Veränderung gerichteten Triebkräfte, die sich auf den Philippinen als Ergebnis der ungeheuren imperialistischen Ausbeutung entwickelt haben, sind unterschiedlicher und komplexer Natur. Massenarmut auf dem Land und in den Städten, eine außerordentlich hohe Arbeitslosigkeit, politische Unterdrückungsmaßnahmen und ein politisches System, in dem die Bevölkerung nicht repräsentiert ist - all das trägt zum Entstehen einer explosiven Situation bei, in der sich der Weg des bewaffneten Umsturzes immer stärker als Alternative herauskristallisiert. Eine unkontrollierte Bevölkerungsexplosion verschärft Armut und Arbeitslosigkeit. Ein Schuldenberg im In- und Ausland behindert die wirtschaftliche Entwicklung. Die traditionellen Exportindustrien haben auf dem amerikanischen Markt keine bevorzugte Position mehr inne, und suchen beunruhigt nach neuen Absatzmöglichkeiten. Neue Industriezweige, die sich bei sinkender Kaufkraft auf dem Inlandsmarkt gegen ausländische Konkurrenz behaupten müssen, suchen nach rettenden Exportmärkten. Die anwachsenden Mittelschichten und Teile der Intelligenz finden wenig Betätigungsmöglichkeiten; in ihrer Ruhelosigkeit tendieren sie mehr und mehr zu radikalen Positionen.

Besonders bemerkenswert ist die Wiederbelebung der revolutionären nationalistischen Bewegung; der amerikanische Imperialismus hatte sich gerühmt, sie in den "gegenrevolutionären" Bewegungen während der 50er Jahre zerschlagen zu haben. Aber weder die Unterdrückung der kommunistisch geführten Huk (Hukbong Mapagpalaya ng Bayan, oder HMB, Armee der Nationalen Befreiung) während des bewaffneten Befreiungskampfes von 1946 bis 1956, ⁴⁾ noch das Verbot der Kommunistischen Partei "und aller ähnlicher Organisationen" durch das "Anti-Subversionsgesetz" von 1957 vermochte diese Bewegung auszulöschen. In weniger als 10 Jahren entstand eine neue umfassende Volksbewegung gegen "Imperialismus, Feudalismus und Faschismus"; zu ihr zählen kämpferische Bauerenorganisationen, Gewerkschaftsverbände, Studenten- und Jugendbewegungen, nationalistische Organisationen und ein breites Spektrum von Gruppen aus den Mittelschichten, den Religionsgemeinschaften und aus der Wirtschaft. In vieler Hinsicht handelt es sich dabei um eine wesentlich breitere Bewegung, als es diejenige des Widerstandes gegen die Bürde des Neokolonialismus in der ersten Zeit der Unabhängigkeit war; damals war vielen der wirkliche Charakter dieser "Unabhängigkeit" noch nicht klar. Heute fällt

diese Bewegung mit der verschärften Krise der Unterentwicklung auf den Philippinen zusammen.

Vor allem seit 1965 haben die Organisierung der Massen und das Anwachsen revolutionären Bewußtseins größere Fortschritte gemacht als je zuvor. Erfasst ist nicht nur die traditionelle revolutionäre Basis in der Bauernschaft und der städtischen Arbeiterklasse; darüber hinaus gehören dieser Bewegung auch Bevölkerungsschichten an, die bisher noch nicht in kämpferische Auseinandersetzungen verwickelt gewesen waren. 1969 führten die Lehrer in Manila und anderen Städten ihren ersten Streik durch; zum ersten Mal in ihrer Geschichte unternahmen sie Schritte in Richtung auf eine Organisierung. Die Regierungsangestellten - früher keine kampfbereite Gruppe - legten 1970 in einem Departement nach dem anderen die Arbeit nieder. Der bedeutsamste Streik fand bei den Arbeitern der Wasserwerks- und Kanalisationsbehörde statt; als ihre Interessen von den konservativen Führern ihrer Gewerkschaft verraten wurden, traten sie mit ihrer Gewerkschaft aus dem Bund aus und schlossen sich einem anderen, eher linksorientierten Gewerkschaftsbund an. Die Fahrer öffentlicher Verkehrsmittel in Manila legten 1971 aus Protest gegen die Öl- und Benzinpreiserhöhungen der imperialistischen Ölkonzerne die Arbeit nieder und machten ihren Streik zu einer anti-imperialistischen Demonstration. Im Juli 1971 streikten die philippinischen Angestellten des riesigen US-Clark-Militärflughafens und blockierten den Stützpunkt. Auch die unterdrückten "Sacados" der Zucker-Haciendas von Negros haben begonnen, sich zu organisieren. Mohammedanische Filipinos auf der großen Südinself Mindanao griffen 1971 im Kampf gegen Leute, die gewaltsam Land in Besitz nahmen, zu den Waffen.

Aktivität der Jugend

Am meisten fällt die weitverbreitete Aktivität unter der studentischen Jugend auf, vor allem unter den Studenten kleinbürgerlicher Herkunft, die die Auswirkungen der Wirtschaftskrise und einer ungewissen Zukunft kennengelernt haben. Die Generation, die in den Jahren der Unabhängigkeit geboren wurde und heute erwachsen wird, sieht die Kluft zwischen Ideal und Wirklichkeit der Unabhängigkeit viel klarer als ältere Generationen, die unter amerikanischer Herrschaft aufwuchsen und die von kolonialer Mentalität geprägt sind. Das Ergebnis ist ein glühender Nationalismus unter der Jugend. Auch die Arbeitslosigkeit hatte besonders ernste Auswirkungen für die Absolventen höherer Schulen und Hochschulen. 25 % aller Arbeitslosen haben 4 Jahre oder länger eine

höhere Schule besucht. Über 10 % derjenigen, die eine Hochschule besucht und Examen abgelegt haben, finden keinerlei Beschäftigung. Das Ausmaß vorhandener Unzufriedenheit ist erst zu ermesen, wenn man die enorm gestiegenen Studentenzahlen berücksichtigt: 1969 gab es 600 000 Studenten, d. h. fast 20 % aller 20 - 24 Jährigen - ein Prozentsatz, der nur noch von den USA, der Sowjetunion und Kanada übertroffen wird. An den zahllosen Hochschulen in Manila und auch in den Provinzstädten sind militante Organisationen der studentischen Jugend aus dem Boden geschossen: Sie haben die gleiche, zu radikalen Formen der Auseinandersetzung neigende Demonstrationstätigkeit entwickelt, wie sie in den USA, in Westeuropa und in Japan zu finden ist.

Die antiimperialistische Erhebung richtete sich zunächst gegen die sichtbarsten Zeichen der amerikanischen Präsenz. Es kam zu erbitterten und umfangreichen Protestaktionen gegen Militärstützpunkte. Ihr Anlaß waren Verletzungen der philippinischen Souveränität; diese wurden praktisch durch das Abkommen sanktioniert, das amerikanische Soldaten auch dann der philippinischen Rechtsprechung entzieht, wenn sie Verbrechen gegen philippinische Bürger begehen. Insgesamt 37 Filipinos wurden von US-Truppen in der Umgebung von Militärstützpunkten beschossen und dabei getötet - angeblich wegen unbefugten Betretens dieser Gelände (Ein amerikanischer Soldat sagte aus, er habe den Mann, den er erschoss für ein "Wildschwein" gehalten). In sämtlichen Fällen wurde der verantwortliche amerikanische Soldat sofort von den Philippinen wegverlegt und so der Untersuchung und Verurteilung durch philippinische Behörden entzogen. Diese Vorfälle führten zu gewaltigen Demonstrationen, und es wurden Forderungen nach Aufkündigung der Vereinbarungen über die Militärstützpunkte erhoben; dies war auch einer der Hauptgründe dafür, daß die USA erneuten Verhandlungen über den Stationierungsvertrag zustimmen mußten, wenn sie dabei auch eine Verzögerungstaktik anwenden. Einer der ältesten US-Stützpunkte, der Flottenstützpunkt in Sangley Point, Cavite, ging auf Verlangen der Philippinen hin in ihren Besitz über.

Zu noch größeren Protesten kam es wegen der Beteiligung der Philippinen am Vietnamkrieg. Diese kam unter dem Druck der USA zustande, die sich auf die SEATO-Vereinbarungen beriefen, um einen Anspruch auf "asiatische Unterstützung" ihrer Aggression erheben zu können. 2 000 Mann starke technische Truppen wurden 1966 von den Philippinen nach Vietnam entsandt; Ende 1969 mußten sie aufgrund der drohenden Forderungen der Bevölkerung zurückgezogen wer-

den. Dies war der erste Rückzug aus der von den USA organisierten Intervention. Die Enthüllung der Tatsache, daß die Unterhaltskosten für das Kontingent in Höhe von 35 Millionen Dollar von den USA getragen wurden, als ob es sich um Söldner handelte, führte zu einem Skandal, der den Rückzug beschleunigte. Zur gleichen Zeit mußte ein der Kriegführung in Vietnam dienender US-Militärflugplatz für Zwischenlandungen, der 1966 auf der Insel Mactan eingerichtet worden war, verlegt werden.

Das „Friedenskorps“

Weitere Angriffspunkte für die Massenbewegung sind:

- das Abkommen über das "Friedenskorps",⁵⁾ das die Philippinen zu einem Hauptkonzentrationsgebiet für dessen Operationen gemacht hat;
- die "Amerikanisierung" der staatlichen Universität der Philippinen durch erhebliche finanzielle Zuwendungen der Ford- und Rockefeller-Stiftungen;
- die Anwesenheit amerikanischer "Berater" in nahezu sämtlichen Regierungsstellen als Folge des Abkommens über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit von 1951;
- die unverhüllt ausgeübte Kontrolle der philippinischen Armee durch die von amerikanischen Offizieren geleitete JUSMAG;⁶⁾
- die offen zugegebene Stationierung von CIA-Agenten im philippinischen "nationalen Ermittlungsbüro" und anderen Geheimdiensten;
- die von amerikanischen "Beratern" durchgeführte Organisation und Unterweisung philippinischer Polizeikräfte zum Zwecke der "Kontrolle von Ausländern".

Philippinische Gewerkschafter deckten im Februar 1970 einen vom CIA finanzierten Plan zur Infiltration und Kontrolle der philippinischen Gewerkschaftsbewegung auf. Die "US-Agency for International Development" hatte im Juni 1969 Mittel für die Errichtung eines "Asian-American Free Labor Institute" bereitgestellt, und 52 philippinische "Praktikanten" waren bereits beim AAFLI beschäftigt, während sie gleichzeitig noch Funktionen in ihren eigenen Gewerkschaften ausübten. Dieser Plan wurde von Gewerkschaftern, die in ihn einbezogen waren, aufgedeckt und sie verweigerten nicht nur ihre Mitarbeit, sondern zwangen darüber hinaus das philippinische Arbeitsministerium, ein Memorandum herauszubringen, mit dem das "Programm" für beendet erklärt wurde.

Mit diesen Auseinandersetzungen ging eine Kampagne zur Erkämpfung demokratischer Rechte als Teil der Förderung nationaler demokratischer Ziele einher. Eine Petitionskampagne, die in wenigen Monaten 60 000 Unterschriften

erbrachte, sowie Demonstrationen vor dem Obersten Gericht erzwangen im Februar 1970 die Freilassung von politischen Gefangenen der Huk und der kommunistischen Bewegung, die auf dem Höhepunkt des bewaffneten Kampfes der Huk festgenommen worden und fast 20 Jahre lang eingekerkert gewesen waren. Die Forderung nach Abschaffung des "Anti-Subversions-Gesetzes" fand ein so breites Echo, daß sich ihr auch einige Kongreßmitglieder anschlossen, die darüber hinaus auch für die Legalisierung der Kommunistischen Partei eintraten.

Ein Höhepunkt in der Sammlung der Massenbewegung lag in der Zeit zwischen Januar und April 1970, als die barbarische Brutalität des Polizeieinsatzes gegen eine Demonstration für nationale demokratische Veränderungen vor dem philippinischen Parlamentsgebäude einen ungeheuren Protestausbruch bei der Bevölkerung hervorrief. Über 150 000 Menschen marschierten in Manila und anderen Städten gegen "Imperialismus, Feudalismus und Faschismus", und bestürmten sogar das Präsidentenpalais, als die Militärwachen in die Menge feuerten. Diese Vorfälle führten zur Proklamierung von "Parlamenten der Straße", Massendemonstrationen, bei denen ein Volksprogramm für eine national-demokratische Regierung propagiert wurde, und zur Organisation einer Reihe von "Volksmärschen" durch die Distrikte von Manila mit 30 000 und mehr Teilnehmern; während dieser Märsche wurden Massendiskussionen durchgeführt.

Diese Erhebung, die in der neueren philippinischen Geschichte kein Beispiel hat, ist der sichtbare Ausdruck tiefgehender Strömungen der Unzufriedenheit über den politischen Weg der "Unabhängigkeit"; diese Tendenzen haben die herrschenden Kreise Amerikas und der Philippinen dazu veranlaßt, mit Nachdruck vor einer sich anbahnenden revolutionären Situation zu warnen.

Beziehungen zu den sozialistischen Ländern

Bezeichnend für die neue Entwicklung, von der immer breitere Kreise der Bevölkerung erfaßt werden, sind die Bestrebungen philippinischer Geschäftskreise, Beziehungen zu den sozialistischen Ländern zu entwickeln. Dies ist der bewußte Versuch, die den Philippinen durch amerikanischen Druck aufgezwungene Außenpolitik des kalten Krieges zu durchbrechen und die Philippinen in die Lage zu versetzen, vom Handel und der Unterstützung der sozialistischen Länder zu profitieren. Versuchsweise werden diese Bemühungen von der Marcos-Regierung unterstützt.

Diese Entwicklung begann um 1965; seitdem

besteht ein sich ständig erweiternder Austausch von Handels-, Kultur-, Journalisten- und Touristengruppen, hauptsächlich mit der Sowjetunion, aber auch mit der Volksrepublik China und den osteuropäischen sozialistischen Ländern. Im Jahre 1970 verabschiedete der philippinische Kongreß eine Resolution, nach der es der Regierung gestattet ist, von "allen Mitgliederstaaten der Vereinten Nationen" Wirtschaftshilfe anzunehmen, eine Maßnahme, die darauf abzielte, wirtschaftliche Beziehungen zu den sozialistischen Ländern offiziell zu ermöglichen. Ein erster Schritt auf diesem Weg war der Abschluß einer individuellen Handelsvereinbarung mit Bulgarien über den Verkauf von Kokosnußöl, eines der traditionell in die USA exportierten Produkte, im Wert von 5 Millionen Dollar.

Die Sowjetunion und andere sozialistische Länder erörterten mit philippinischen Delegationen Fragen des Umfangs besonderer Hilfeleistungen und Projekte, darunter die Erforschung und Entwicklung der Ölförderung, den Bau von Staudämmen, den Schiffsbau, Kredite für Investitionsgüter und sonstige Unterstützung. Dies ist von Seiten der Philippinen auf erhebliches Interesse gestoßen. Typisch ist die Einstellung, die der Präsident der Handelskammer der Philippinen in einer im Januar 1971 gehaltenen Rede zum Ausdruck brachte. Eingehend auf ein Argument gegen den Handel mit China sagte er: "Offenbar ist in den Überlegungen unserer Politiker das Problem der Sicherheit das Haupthindernis gegen die Aufnahme von Handelsbeziehungen mit China. Man sagt, es wäre nicht zu unserem Vorteil, diplomatische und Handelsbeziehungen mit dem chinesischen Festland aufzunehmen, da wir keine Großmacht seien und wir nicht, wie die USA und Japan, in der Lage seien, für unsere eigene Sicherheit zu sorgen. Ich bin nicht in die vorhandenen geheimdienstlichen Informationen eingeweiht, die unseren Sicherheitsbehörden zur Verfügung stehen, und ich möchte daher die Position unserer Diplomaten und unseres Verteidigungsministeriums jetzt nicht angreifen. Als Geschäftsmann würde ich jedoch vorschlagen, dem Problem gründlicher nachzugehen, und zwar unter dem Gesichtspunkt der möglichen wirtschaftlichen Vorteile, die eine Erweiterung unseres Handelshorizonts unserer gesamten Nation in ihren Bemühungen um Geld- und Wirtschaftsstabilität einbringen würde. Ich möchte für eine liberalere Handelspolitik plädieren, die uns in die Lage versetzt, Handelsbeziehungen mit den sozialistischen Ländern aufzunehmen."

Ein Richtungswechsel in bezug auf die diplomatischen, die Handels- und Kulturbeziehun-

gen mit den sozialistischen Ländern wäre für die Philippinen ein bedeutsamer Schritt; er würde viele Aspekte der Außenpolitik verändern und auch wesentliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung haben. Der amerikanische Imperialismus hat versucht, diese Entwicklung zu behindern und einzugrenzen, aber angesichts der Schwere der philippinischen Probleme und der Kräfteverhältnisse, die sich als Folge dieser Bedingungen entwickelt haben, sind zukünftige Veränderungen unvermeidlich.

Die politische Taktik des Imperialismus

Der amerikanische Imperialismus bedient sich zur Unterdrückung der wachsenden Massenbewegung verschiedener Taktiken und Techniken. Einerseits hat er die verstärkte Unterdrückung durch Militär und Polizei und die Vorbereitung einer faschistischen, diktatorischen Herrschaft gefördert; andererseits sucht er die Massen von ihrer Unzufriedenheit abzulenken und die sich entwickelnde revolutionäre Bewegung zu spalten.

Eine Methode der Ablenkung ist die Förderung angeblicher "Reformen" und die Aufgabe der offenen imperialistischen Präsenz. Die "Asiatisierungs"-Doktrin Nixons wird auch auf die Philippinen angewandt. Amerikanische Quellen haben eine voraussichtliche Änderung der Militärabkommen angedeutet, die möglicherweise eine Übergabe gegenwärtig auf den Philippinen bestehender US-Stützpunkte an die Philippinen einschließt - mit der Maßgabe, daß die US-Streitkräfte sie dann weiterhin benutzen können. Die "Parität" würde dann umgewandelt in eine "Behandlung als Nation", eine etwas verstecktere Form desselben Sachverhalts. Auf den Philippinen wurde der im Juni 1971 eröffnete Verfassungskonvent als Mittel einer "friedlichen" Veränderung stark propagiert; damit wurde die Illusion geweckt, daß durch Verfassungsänderungen tatsächliche Reformen bewirkt würden.

Es wurde - politisch ausgedrückt - ein Instrument geschaffen, das als Träger für die "Reform"-Bestrebungen dienen soll, nämlich die "Christlich-Soziale Bewegung" (CSB), eine von Jesuiten aufgezugene, von der Katholischen Kirche geförderte Organisation, die 1968 entstand. Sie wird von Paul Manglapus geleitet, einem von Jesuiten ausgebildeten früheren engen Mitarbeiter von Ramon Magsaysay, über den das Gerücht verbreitet wurde, daß er früher ein CIA-Mann war. Die CSB hat sich der Teilnahme an den Wahlen enthalten, denen aufgrund der Korruption und des oligarchischen Charakters der beiden politischen Hauptpartei-

en immer weniger Menschen vertrauen; sie hat sich stattdessen auf den Aufbau sektiererischer Studenten-, Bauern-, Arbeiter- und katholischer Laienorganisationen konzentriert, die man zu Straßendemonstrationen heranziehen kann. Studentische Organisationen an den vielen katholischen sektiererischen Seminaren, die sich um die "Nationale Studentenunion der Philippinen", dem "Nationalen Studentenbund", die "Jungen Christlichen Sozialisten" u. a. gruppieren, geben sich einen militanten Anstrich - manchmal mit revolutionär klingenden Phrasen -, um junge Menschen von den fortschrittlichen marxistischen Jugendorganisationen abzuziehen.

Eine typische von der Kirche aufgezogene Gruppe ist "Lakasdiwa" ("Stärke des Geistes"), eine studentische Reformbewegung, die 1970 zur Zeit der großen Massendemonstrationen entstand und die Forderungen der CSB nach Regierungsreform, Teilung der Profite, genossenschaftlicher Landwirtschaft und dem Verbot der Einfuhr von Luxusgütern nachbetet. Die CSB hält es für notwendig, sich verbal zu den anwachsenden Bestrebungen nach Aufnahme von Beziehungen zu den sozialistischen Ländern zu bekennen; auffällig und bezeichnend jedoch ist die Tatsache, daß in ihrem Programm jeder Angriff auf den amerikanischen Imperialismus und seine verschiedenen Formen und Auswirkungen für die Philippinen fehlt.

Die Gefahr der CSB liegt nicht nur in ihren Beziehungen zur philippinischen katholischen Kirche, deren Hierarchie eine der raktionärsten in der gesamten Weltorganisation der Kirche ist, sondern auch in ihren Verbindungen zur Armee. Die Anfang 1970 kursierenden Gerüchte über einen geplanten Staatsstreich zum Sturz der Marcos-Regierung - angeblich mit Beteiligung der Jesuiten - wurden von Präsident Marcos selbst so ernst genommen, daß er öffentlich "jesuitische Umstürzler" anprangerte und einen General, der für seine Verbindungen zur Kirche bekannt war, seines Postens enthob.

Fortschrittliche philippinische Organisationen, haben vor der Gefahr eines möglichen, mit Zustimmung und Unterstützung amerikanischer Militär- und Wirtschaftskreise durchgeführten "klerikal-faschistischen" Staatsstreiches gewarnt. Die Taktik, eine Reformbewegung zu propagieren, die einen autoritären Staatsstreich kaschieren könnte, verstärkt diese Gefahr noch erheblich. So schickte die CSB ihre Studentenorganisationen mit der Forderung nach einem "unparteiischen" Verfassungskonvent auf die Straße, und es gelang ihr, gewählte Amtsträger der Marcos-Administration von der Teilnahme als Delegierte ab-

zuhalten, während die CSB genügend Delegierte auftrieb, so daß beinahe Paul Manglapus zum Präsidenten des Konvents gewählt worden wäre. Beachtenswert ist, daß Senator Benigno Aquino, der ganz offen seine Ambitionen zum "starken Mann" zu erkennen gibt, dieses Vorgehen als Mittel zur Durchführung von "Reformen" fördert. Ein Bündnis solcher Leute wie Aquino mit der CSB wäre durchaus denkbar; die amerikanische Presse steht beiden wohlwollend gegenüber. (...)

(Quelle: Marxism Today, März 1972)

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) 1941 begann die Invasion der Philippinen durch Japan, das bereits zu Beginn des Jahres 1942 das gesamte Archipel beherrschte. Es entstand eine breite Widerstandsbewegung unter Führung der Kommunistischen Partei sowie die Antijapanische Volkswiderstandarmee Hukbong Bayan Laban Sa Hapon (Hukbalahap), die im Zusammenhang mit der 6. US-Armee bei der Befreiung des Landes eine entscheidende Rolle spielte.
- 2) 1 philippinischer Peso = 0,57 DM
- 3) Sacadas = Landarbeiter; sie sind oft Saisonarbeiter, die von Vermittlern (Contratistas) verpflichtet werden, welche den Arbeitern die Anreise bezahlen und den Familien Geld vorschießen, das mit Wucherzinsen (300 - 500 %) zurückgezahlt werden muß. Auch die teuren Läden auf den Plantagen und in den Arbeitersiedlungen gehören den Contratistas. So stehen die Landarbeiter unter der doppelten Ausbeutung durch Landbesitzer und Contratistas.
- 4) Gegen die Preisgabe der nationalen Interessen durch die proimperialistischen Elemente und die Verfolgung der demokratischen Kräfte nach der offiziellen Unabhängigkeit setzte sich die Arbeiter- und Bauernbewegung zur Wehr. Die Hukbalahap verweigerte die Waffenniederlegung und führte nach der Reorganisation zur Volksbefreiungsarmee (1950) den bewaffneten Kampf fort.
- 5) Das "Peace-corps" ist ein Teilinstrument der US-Auslandshilfepolitik, das 1961 unter Kennedy geschaffen wurde. Seine Aufgabe besteht darin, in den jeweiligen Ländern Führungskräfte für verschiedene gesellschaftliche Bereiche heranzubilden, Leitlinien und Entwicklungsmodelle zu erarbeiten sowie für die Bedürfnisse des US-Kapitals detaillierte Regionalstudien zu liefern. Dazu gehören auch Studien über das politische Bewußtsein der Bevölkerung, um die Möglichkeit zu haben, aufgrund der genauen Kenntnis möglicher Unruheherde rechtzeitige Gegenmaßnahmen zu ergreifen.
- 6) JUSMAG ist die "Gemeinsame US-Militärberatergruppe".

Neben Mitgliedern des AAK haben sich an der Arbeit für diese Nummer beteiligt:
G. Brönnner, W. Brönnner, P. Dietzel, E. Dillge, M. Gehse, G. Giesenfeld, A. Hebel, B. Hebel-Kunze, W. Herrmann, O. Jäckel, E. Jettka, Pater Khanh, K. Kiehne, L. Letsche, W. v. Muttius, J. Ostrowsky, H. Peters, A. Schmiedel.

Eberhard Hackethal

Sieg der Unidad Popular

Am 4. März 1973, einem sonnigen Spätsommertag, hatte das chilenische Volk über die künftige Zusammensetzung der parlamentarischen Institutionen des Landes zu entscheiden. Es galt, 150 Mitglieder für das Abgeordnetenhaus und 25 von den 50 Senatoren zu wählen. Die Wahllokale waren schon in den Morgenstunden überfüllt. Jedem war bewußt, daß es sich an diesem Sonntag um eine wesentliche Entscheidung in der Klassenschlacht handelte, die gegenwärtig in Chile ausgefochten wird. Um es vorwegzunehmen: Die Volksregierung hat unter Einsatz aller gesetzlichen Mittel und mit aktiver Unterstützung der Streitkräfte und der Polizei den ruhigen Ablauf der Wahlen und die freie Entscheidung der Stimmberechtigten garantiert. Das ist deshalb bemerkenswert, weil von seiten rechter Kreise, insbesondere der sogenannten "Nationalpartei" und ihrer faschistoiden Anhängsel "Patria y Libertad" oder der Schlägertruppe "Rolando Matus", versucht wurde, schon vor den Wahlen eine Atmosphäre des Terrors und des Bürgerkriegs zu schaffen.

Niederlage der Konterrevolution

Die Volksregierung Chiles hat mehrfach proklamiert, daß der schwierige Prozeß der Befreiung des Landes von imperialistischer Unterdrückung, die Überwindung des Elends und der Rückständigkeit im Rahmen der demokratischen Institutionen und auf dem Boden der chilenischen Verfassung vor sich gehen würden. Gerade diese Verflechtung von anti-imperialistisch-demokratischen Veränderungen unter Ausnutzung der bürgerlichen Demokratie und der Orientierung der Volksbewegung auf den Sozialismus lenkt die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf Chile, den "Balkon Lateinamerikas" zwischen den Gletschern der Kor-dilleren und den Weiten des Pazifiks. Sowohl die Hoffnungen reformistischer Kreise, in Chile einen "dritten Weg" beobachten zu können, als auch linkes Abenteuerum sind durch den Wahlausgang widerlegt worden. Die Strategie der Unidad Popular hat sich als realisierbar bestätigt. Die Konterrevolution hat eine empfindliche Niederlage erlitten.

Obwohl die Präsidentschaft Salvador Allendes vom Ausgang der Parlamentswahlen in kei-



The Chicago Sun Times

„Señor, weiß deine Linke, was die Rechte tut?“

ner Weise berührt wird, hatte die chilenische Rechte versucht, die Wahlen zum Plebiszit für oder gegen die revolutionäre Politik der Volksregierung aufzubauen. Die Polarisierung der Klassenkräfte hat im Verlauf des Wahlkampfes einen bisher nicht gekannten Grad erreicht. Einerseits schlossen sich die Parteien der Unidad Popular zu einer föderativen Wahlorganisation zusammen, andererseits bildeten die reaktionären Organisationen einen Block, der sich demagogisch "Demokratische Konföderation" nannte und dessen Ziel es war, eine Zweidrittelmehrheit im Senat zu erreichen und damit über eine Verfassungsklage die Möglichkeit des Sturzes der Regierung Allende zu schaffen.

Warum der politische 'Verschleiß' der UP ausblieb

Die Wahlpropaganda der sogenannten Opposition, d.h. der Christdemokratischen Partei, der Nationalpartei und der proimperialistisch orientierten Gruppen der ehemaligen Radikalen Partei, war darauf abgestimmt, in diesen Wah-

len die Regierung zu Fall zu bringen. Dabei wurden alle Mittel der Manipulation der Wählerschaft eingesetzt. Losungen wie "Rettet Chile vor der kommunistischen Diktatur" oder "Für eine bessere Zukunft mit der Christdemokratie" waren mit Terroraktionen, der Ermordung von Funktionären der Unidad Popular und systematischer Sabotage in der Wirtschaft verbunden. Daß dabei die finanzielle Unterstützung seitens der Monopole der USA, der BRD und anderer imperialistischer Länder nicht fehlte, bedarf keiner besonderen Erwähnung.

Die Rechtskräfte versuchten mit allen Mitteln, ein Wahlergebnis zu erreichen, das der Unidad Popular weniger als die 36,3 Prozent einbringen sollte, mit denen Allende die Wahlen des Jahres 1970 gewonnen hatte. Dieses Konzept ist nicht aufgegangen. Mit 43,39 Prozent aller Stimmen erreichte die UP nach zwei Jahren und drei Monaten schwieriger Regierungsarbeit einen bemerkenswerten Zuwachs. Es war schon eine Tradition, und damit spekulierte die rechte Wahlpropaganda, daß jede Regierung Chiles einen "politischen Verschleiß" hinnehmen mußte und nach einigen Jahren stets in Parlamentswahlen weniger Stimmen als bei den Präsidentschaftswahlen erhielt. Die UP hat bewiesen, daß sie eine Regierung neuer Art geschaffert hat, die die wachsende Unterstützung des Volkes genießt.

Lassen wir einige Zahlen sprechen: Alessandri wurde 1958 mit 31 Prozent der Stimmen Präsident; die ihn unterstützenden Parteien erreichten bei den Parlamentswahlen 1963 nur



Kampfen aus der Bergarbeiterbewegung Chile

noch 23 Prozent. Der Christdemokrat Frei wurde mit spektakulären 55 Prozent der Stimmen im Jahre 1964 Präsident. Seine Partei mußte sich am Ende der Amtszeit Freis mit 28,5 Prozent der Wählerschaft begnügen. Die UP ist offensichtlich dem "Verschleiß" nicht unterworfen, sie ist eine Regierung neuer Qualität. Den 36,4 Prozent des Jahres 1970 stehen die 43,39 Prozent des Jahres 1973 gegenüber. Das bedeutet mehr Abgeordnete und Senatoren für die UP, Stabilität, Selbstvertrauen.

Wachsende Bewußtheit der Massen

Die Tragweite dieses Wahlergebnisses wird erst dann deutlich, wenn man sich die Bedingungen vor Augen führt, unter denen sich die strukturellen Veränderungen Chiles gegenwärtig vollziehen. Ja, man muß Schlange stehen, um eine Schachtel Zigaretten zu ergattern, Fleisch ist knapp, die Inflation konnte infolge der Sabotage durch die Bourgeoisie nicht gestoppt werden. Der Schwarzhandel mit Lebensmitteln blüht, in den Kellern der ehemaligen Herren dieses Landes werden die Waren gehortet, die gegenwärtig auf dem Markt fehlen, und die Reaktion versucht, der UP die Schuld für die ökonomischen Schwierigkeiten zuzuschieben. Die Versorgungskomitees der Werktätigen müssen täglich einen hartnäckigen Kampf gegen den ökonomischen Kleinkrieg der Reaktionen führen, die diese Situation bewußt und mit ausländischer Unterstützung organisiert haben. Damit sollte der Wählerschaft bewiesen werden, daß die Regierung Allende das Land in ein ökonomisches Chaos stürzen würde.

Das chilenische Volk hat begriffen, daß die augenblicklichen Schwierigkeiten Ergebnis und Teil der Klassenauseinandersetzung sind. Die Hausfrau, die zwei Stunden in einer Schlange steht, um einen Liter Speiseöl zu kaufen, und trotzdem den Kandidaten der UP wählt, symbolisiert den Grad politischer Bewußtheit des chilenischen Volkes ebenso wie auch der "Minero", der um die Erhöhung der Kupferproduktion kämpft und gegenwärtig Opfer auf sich nimmt, um die Zukunft seiner Klasse und seines Volkes zu sichern. Das Wahlergebnis ist eine eindeutige Antwort auf alle Versuche, den revolutionären Prozeß in Chile zu untergraben, und ist besonders wertvoll deshalb, weil die Reaktion mit ihren Angriffen zeitweilige Erfolge erzielen konnte. Die Rechtskräfte haben im Wahlkampf kein Mittel gescheut, um ihr strategisches Ziel zu erreichen. Trotzdem zeichnete sich schon vor den Wahlen ab, daß der erstrebte Einheitsblock der Opposition sehr labil war. Die rechte Führung der Christdemokratischen Par-

tei war nicht in der Lage, ein totales Bündnis mit den Repräsentanten der proimperialistischen Bourgeoisie einzugehen, weil sie unter dem Druck der Mittelschichten stand, die sich gegen eine Bürgerkriegssituation und für strukturelle Veränderungen in Chile aussprechen. Trotz der Bildung einer einheitlichen Wahlorganisation führten z.B. die Christdemokratische Partei und die Nationalpartei getrennte Demonstrationen im Wahlkampf durch. Die Christdemokraten werden aus den Wahlergebnissen die Schlußfolgerungen ziehen müssen, daß ein Bündnis mit der Konterrevolution in der Endkonsequenz nur den Feinden Chiles nutzt. Schon jetzt ist abzusehen, daß viele Mitglieder der Christdemokratischen Partei sich nicht in den Dienst der reaktionärsten politischen Kreise Chiles zu stellen gedenken, wie auch immer die gegenwärtige Führung dieser Partei mit der Reaktion zusammenarbeiten möge.

Die führende Rolle der Arbeiterklasse im gegenwärtigen chilenischen Prozeß wurde eindeutig bestätigt durch die Wahlergebnisse in den Bergbaugebieten des Nordens, in den Arbeitervierteln Santiagos und im Industriegebiet um Concepción. Insbesondere ist der Zuwachs an Stimmen für die KP Chiles bedeutsam, denn die Kommunisten haben sich als konsequente Vertreter der Interessen des chilenischen Volkes erwiesen. Alle Kandidaten der KP Chiles für den Senat haben in ihren Wahlkreisen gewonnen. Die kluge, marxistisch-leninistische Politik der KP Chiles hat in breiten Schichten des chilenischen Volkes Unterstützung und Anklang gefunden. Gleichzeitig zeigen die vorliegenden Wahlergebnisse, daß das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft durch die konsequente Verwirklichung der Agrarreform und die intensive politische Arbeit auf dem Lande gefestigt wurde. In traditionellen Agrarprovinzen wie Cautín, Linares, Colchagua erreichte die UP erheblichen Stimmenzuwachs.

Schließlich muß hervorgehoben werden, daß trotz taktischer und strategischer Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Unidad Popular die Einheit der Aktion im Wahlkampf nicht nur beibehalten, sondern gefestigt wurde. In der Nacht vom 4. zum 5. März sammelten sich die Anhänger der Unidad Popular zu einer gemeinsamen Siegesfeier in der Avenida Bulnes, während die geschlagene Rechte getrennte Demonstrationen durchführte. Auf der Kundgebung der Unidad Popular nahmen die linken Christen, die Sozialisten, die Anhänger des marxistisch orientierten MAPU wie auch die Kommunisten das Wort, um zu unterstreichen: Diese Wahlen

haben bewiesen, daß die Unidad Popular die stärkste politische Kraft des Landes, die orientierende und führende Organisation der Mehrheit der werktätigen Chilenen ist. Symbol dieser Einheit, die die Auseinandersetzung nicht ausschließt, ist die Tatsache, daß sowohl der Kandidat der KP Chiles, Volodia Teitelboim, als auch der Generalsekretär der Sozialistischen Partei Chiles, Carlos Altamirano, im Wahlkreis Santiago als Senatoren gewählt wurden.

Gewinner ist das Volk

Zum Bild dieser Wahlen gehört auch die Rolle der Streitkräfte, die im Auftrage des Präsidenten des Landes und des Innenministers, General Carlos Prats, den ruhigen Ablauf der Wahlen garantierten und Provokationsversuche ultrarechter Gruppen oder linker Abenteurer im Keime erstickten. Damit wurde erneut bestätigt, daß die bewaffneten Kräfte Chiles sich in den Prozeß der strukturellen Veränderungen mehr und mehr einordnen und alle Spekulationen der Konterrevolution auf einen Widerspruch zwischen Volksregierung und Armee zum Scheitern verurteilt sind.

Der wiedergewählte Senator und Mitglied des Politbüros der KP Chiles, Volodia Teitelboim, sagte in der Nacht des Sieges: "Der Gewinner dieser Wahlen ist das chilenische Volk" - das ist ohne Zweifel die wesentlichste Schlußfolgerung aus dieser Klassenschlacht. Die in- und ausländische Reaktion hat eine Niederlage erlitten. Die zur faschistischen Diktatur drängenden Kräfte der chilenischen Großbourgeoisie sind in ihre Schranken verwiesen worden. Natürlich bedeutet das Wahlergebnis nicht die Lösung aller Probleme der chilenischen Volksregierung. Nach wie vor besitzt die Reaktion eine, wenn auch reduzierte, Mehrheit im Parlament.

Nach wie vor sucht sie Wege zur Zerstörung der Volksmacht mit ökonomischen, politischen, ideologischen und notfalls auch bewaffneten Mitteln. Eines aber steht fest: Die Unidad Popular ist im Vormarsch, die Offensive hält an, und die Wahlen vom 4. März werden dem revolutionären Prozeß in Chile wesentliche neue Impulse verleihen.

(Quelle: horizont Nr. 12, März 1973)

Adressenänderung

bitte rechtzeitig

bekanntgeben

Argentinien

Christel Streubel

Zum Ausgang der argentinischen Wahlen

Nach zehn Jahren Militärdiktatur fanden am 11. März dieses Jahres in Argentinien zum ersten Mal wieder Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Ob sie eine Änderung der politischen Verhältnisse herbeiführen werden, ist noch nicht abzusehen. Ohne Zweifel ist die Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie ein Indiz für die Unfähigkeit der jetzigen Regierung, mit den Unterdrückungsmethoden einer Militärdiktatur die sozio-ökonomische Dauerkrise zu lösen, in die die herrschende Klasse Argentiniens und der Imperialismus das Land gestürzt haben.

Sozio-ökonomische Situation

Argentinien ist ein Land mit enormer Inflationsrate, allein im Jahr 1972 betrug sie 64,1% und war damit mehr als doppelt so hoch wie die Rate des Vorjahres. Nach offiziellen Statistiken ist der durchschnittliche Reallohn des argentinischen Arbeiters im gleichen Zeitraum um 9,2% gesunken. Der Anteil der Lohnempfänger am Volkseinkommen lag 1954 bei 46,9%, sank 1971 auf 38% und 1972 auf 35%. Wachsende Konzentration in Landwirtschaft und Industrie, zunehmende Abhängigkeit von den imperialistischen Staaten durch die von den Militärs geförderte Aktivität ausländischer Konzerne und sinkende Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte führen zum Bankrott von einheimischen Klein- und Mittelbetrieben und zur Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse.

Die Situation in der Textilindustrie spiegelt die Entwicklung der gesamten argentinischen Industrie wieder: Nach Angaben argentinischer Gewerkschaften haben allein in den letzten beiden Jahren 450 - 500 Textilbetriebe die Produktion eingestellt. 14.500 Textilarbeiter sind arbeitslos und 20.000 Arbeiter sind nur vier Tage in der Woche oder halbe Arbeitstage beschäftigt.¹⁾

Von 9 Millionen Menschen im arbeitsfähigen Alter sind eine Million²⁾ arbeitslos oder unterbeschäftigt.

Ein Ausdruck für die zunehmende Abhängigkeit der argentinischen Volkswirtschaft von den imperialistischen Monopolen ist die stän-

dig steigende Auslandsverschuldung des Landes. Nach Angaben der argentinischen Zentralbank betrug die Auslandsschuld einschließlich der Zinsenlast Ende 1972 6,22 Mrd. Dollar, das bedeutet einen Zuwachs von 900 Mio. Dollar gegenüber dem Vorjahr. Vor allem zwei imperialistische Staaten sind die wichtigsten Kreditgeber: die USA mit 4,2 Mrd. Dollar (= 68% der öffentlichen Verschuldung) und die BRD mit 891 Mio. DM (= 14% der öffentlichen Verschuldung).³⁾ Die enorme Bedeutung der Auslandsverschuldung für die argentinische Wirtschaft geht daraus hervor, daß sie dem Wert der Exporte der letzten drei Jahre entspricht, bzw. einem Viertel des Bruttosozialprodukts; sie stellt ein Zehntel des Produktivkapitals der argentinischen Wirtschaft dar. Die Auslandsverschuldung Argentiniens entspricht ungefähr einem Viertel derjenigen Lateinamerikas. Der Zuwachs des Bruttosozialprodukts, der für 1972 auf rund 4% veranschlagt wird, wurde somit in letzter Instanz durch die Erhöhung der Auslandsschulden bestritten.

Die sozio-ökonomische Krise und die Unterdrückung jeglicher Opposition mit Hilfe des "Gesetzes zum Schutz vor dem Kommunismus" bildeten die Grundlage für zahlreiche Massenaktionen von Arbeitern, Angestellten und Studenten. Sie signalisierten die Unfähigkeit des argentinischen Militärs, den Widerspruch zwischen einerseits der Gewährleistung profitabler Verwertungsbedingungen für das Auslandskapital, dessen Zustrom für die Aufrechterhaltung der bestehenden Produktionsverhältnisse unabdingbar ist, und andererseits der Beruhigung der oppositionellen Arbeiterklasse zu lösen. Allein 1972 nahmen 14 Mio. Werktätige an 600 Streiks teil.⁴⁾ Angesichts dieser Tatsache entschloss sich Präsident Lanusse zu einem flexibleren politischen Kurs, der die Durchführung von Wahlen einschloß.

Wahlergebnisse

Die Wahlen selbst sind ohne nennenswerte Zwischenfälle verlaufen. Auf die JUSTIZIALISTISCHE BEFREIUNGSFRONT⁵⁾ (Frente Justicialista de Liberación - FREJULI) mit ihren

Präsidentschaftskandidaten Héctor Campora und dem Vize Vicente Solano Lima entfiel knapp die Hälfte der Stimmen, auf den Kandidaten der BÜRGERLICH-RADIKALEN UNION⁶⁾ (Unión Civica Radical - UCR) Ricardo Balbín 21% der abgegebenen Stimmen, auf die FÖDERALE ALLIANZ⁷⁾ (Alianza Popular Federalista - APF) mit dem Kandidaten Francisco Manrique 14,6% und auf den Kandidaten der REVOLUTIONÄREN VOLKSALLIANZ⁸⁾ (Alianza Popular del Centro Izquierda - APCI) Oscar Alende 7,1% im Landesdurchschnitt, wobei die Revolutionäre Volksallianz in Ballungszentren wie Buenos Aires wesentlich größere Stimmenanteile für sich verbuchen konnte.

Noch bevor die endgültige Stimmenzahl feststand, proklamierte Lanusse Hector Campora zum Sieger, womit anzunehmen ist, daß kein zweiter Wahlgang durchgeführt wird und Héctor Campora am 25. Mai dieses Jahres sein Amt als Präsident antreten wird. Die Zusammensetzung des Parlaments steht noch nicht fest, da in vielen Distrikten Stichwahlen notwendig sind. Es ist allerdings anzunehmen, daß die Justizialistische Front in beiden Häusern des Parlaments die Mehrheit haben wird.

Erfolg der progressiven Kräfte

Die Tatsache, daß mehr als eine Million Argentinier der Revolutionären Volksallianz ihre Stimme gegeben haben, ist Ausdruck für das Erstarken der progressiven Kräfte. Das Wahlprogramm der Revolutionären Volksallianz knüpft an die objektiven Interessen großer Teile der Bevölkerung an: Nationalisierung und Sozialisierung der Industrie, Nationalisierung des Außenhandels, Kontrolle der Banken, konsequente Bodenreform, Zurückdrängung des Auslandskapitals. Ihren relativen Wahlerfolg hat sie nicht zuletzt der massiven Unterstützung der noch immer verbotenen Kommunistischen Partei Argentiniens zu verdanken, die ihre Basis innerhalb der Industrie-
arbeiterschaft vergrößern konnte. Dies wird besonders an den Wahlerfolgen in den industriellen Ballungszentren wie Buenos Aires deutlich, wo der Stimmenanteil der Allianz weit über dem des Landesdurchschnitts liegt. Rund eine Million abgegebener Stimmen für die Revolutionäre Volksallianz, der keine bürgerliche Zeitung eine reale Chance eingeräumt hatte, sind ein Anzeichen dafür, daß der Bewußtseinsstand der Arbeiterklasse im Verlauf des Kampfes um ihre materiellen Interessen ein höheres politisches Niveau erreicht hat. Dies ist einerseits an der Zunahme der Mitgliederzahl der KP Argentiniens abzulesen (die seit 1970 mehr als 40.000 neue

Mitglieder verzeichnen kann) und andererseits an den Veränderungen im Bewußtsein der von der peronistischen Ideologie der Klassenharmonie geprägten Massen sowie an den Differenzen innerhalb der justizialistischen Bewegung: Besonders in der gewerkschaftlichen Basis des Peronismus setzt sich die Erkenntnis durch, daß durch Klassenharmonie keine merklichen Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen zu erwarten ist, sondern nur durch eine konsequente **antiimperialistische** und **antioligarchische** Politik.

Der Wahlsieg der Justizialistischen (=peronistischen) Befreiungsfront stellt keine Überraschung dar. Der Peronismus zielt eindeutig darauf ab, die Interessen des einheimischen Kapitals zu sichern. Mit der Propagierung des Justizialismus, dem sogenannten Dritten Weg (d.h. weder Kapitalismus noch Sozialismus) wird suggeriert, daß in dem justizialistischen Staat die Ausbeutung beseitigt sei. Der Klassencharakter des Staates wird geleugnet mit der Absicht, ihm bei Arbeitskonflikten die Vermittlerrolle zu übertragen. Sozialreformistische Anschauungen über Klassenharmonie und soziale Gerechtigkeit sowie gewisse soziale Zugeständnisse sollen die Entwicklung von Klassenbewußtsein bei den Arbeitern verhindern und sie der bürgerlich nationalistischen Ideologie unterwerfen. Die Arbeiterklasse soll somit vom politischen Kampf abgehalten und ihre Interessen auf rein ökonomische Ziele gelenkt werden, um das Bestehen des kapitalistischen Systems grundsätzlich zu sichern. Trotz des wachsenden Klassenbewußtseins der Werktätigen sind reformistisches Gedankengut und Illusionen über den Klassencharakter des Peronismus noch stark in der argentinischen Arbeiterklasse verankert. Außerdem scheint der FREJULI der Einbruch ins Bürgertum gelungen zu sein, wie der relativ geringere Stimmenanteil der Bürgerlich-Radikalen Union zeigt. Angesichts des Wahlsieges der Peronisten stellt sich die Frage, ob eine entscheidende Veränderung der Verhältnisse zu erwarten ist. Die heterogene Zusammensetzung der Justizialistischen Befreiungsfront und der peronistischen Bewegung selbst lassen Schwierigkeiten bei der Durchführung eines einheitlichen Regierungsprogramms vermuten. Die außenpolitischen Ziele der Justizialistischen Front richten sich vor allem gegen die Abhängigkeit von den USA - auch in den internationalen Organisationen. So werden z.B. grundlegende Reformen in der OAS verlangt, und es ist die Aufnahme von Beziehungen zu sozialistischen Staaten

beabsichtigt. Im Vordergrund ihrer außenpolitischen Orientierung steht vor allem der Widerstand gegen die wirtschaftliche Vorherrschaft Brasiliens.

Im Innern sieht das Programm der Justizialistischen Front eine schärfere Kontrolle des Auslandskapitals und des Devisenmarktes, die Nationalisierung der Banken und eine Amnestie politischer Häftlinge vor. Man spricht auch von einer gerechteren Verteilung des Reichtums, betont jedoch gleichzeitig die Respektierung des Privateigentums. Die These, daß der liberale Staat dem sozialen Staat weichen müsse, deutet auf einen reformkapitalistischen Kurs hin und entspricht der peronistischen Ideologie. Die Beteiligung der Gewerkschaften und anderer Organisationen des Volkes an der Leitung der Wirtschaft soll sich allein auf beratende Funktionen beschränken. Echte Mitbestimmung wird nicht angestrebt.

Die Haltung der KP Argentiniens

"In einer Erklärung versicherte das ZK der KP Argentiniens, daß sie die Regierung des am 11. März gewählten Präsidenten H. Campora unterstützen wird. Sie wird vor allem für solche Punkte des Regierungsprogramms eintreten wie die Nationalisierung der Banken, die Amnestie politischer Häftlinge, die Erhöhung der Löhne der Arbeiter und Angestellten sowie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Kuba, zur DRV und zur KVDR. Die KP Argentiniens bekräftigte, daß sie für die Durchsetzung dieser antiimperialistischen Maßnahmen und für die Herstellung engerer Beziehungen zur UdSSR und anderen sozialistischen Ländern kämpfen werde."⁹⁾

Diese Erklärung des ZK der KP Argentiniens zeigt die konsequente Weiterführung ihrer bisherigen Bündnispolitik: auf der einen Seite die Unterstützung solcher Maßnahmen, die im Interesse der Werktätigen und aller nichtmonopolistischen Schichten liegen und Voraussetzungen bzw. Ansätze für eine grundsätzliche Änderung der Lebensbedingungen der Bevölkerung schaffen, und auf der anderen Seite der Kampf gegen alles, was diesem Ziel entgegensteht. Sie strebt damit die Entwicklung eines breiten antiimperialistischen Bündnisses unter Führung der Arbeiterklasse an, um so auf den Aufbau einer revolutionären Demokratie auf dem Weg zum Sozialismus hinzuwirken.

Ausblick

Wie sich die Entwicklung in Argentinien in nächster Zeit vollziehen wird, ist noch

nicht abzusehen. Eines ist allerdings klar erkennbar: Wird sich eine Regierung Campora nur mit Scheinreformen und sozialer Demagogie begnügen, d.h. wird sie eine Politik im Sinne der herrschenden Klasse betreiben, wird der Justizialismus seine integrative Funktion verlieren. Campora hat es nicht mehr mit einer politisch unerfahrenen Arbeiterklasse zu tun wie Perón zu Beginn seiner Regierungszeit. Sollte sich Campora allerdings unter dem Druck der Mehrheit des Volkes zu einem konsequenten antiimperialistischen Kurs entschließen, dann muß er mit heftigem Widerstand rechnen. So hat z.B. das Militär schon sehr deutlich seinem Verlangen Ausdruck verliehen, auch in der künftigen Regierung vertreten zu sein und sie zu kontrollieren.

Anmerkungen:

- 1) Argentinisches Tageblatt (AT) vom 26. Nov. 1972.
- 2) horizont 13, März 1973.
- 3) AT vom 24. Dez. 1972.
- 4) Neues Deutschland vom 29. Jan. 1973.
- 5) Die Front ist eine Koalition zwischen der justizialistischen Partei und kleineren bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien, von denen die "Bewegung für Integration und Entwicklung" des Expräsidenten Frondizi und die Volkskonservativen die wichtigsten sind.
- 6) Sie ist die einzige Partei, auf die dieser Begriff im eigentlichen Sinn zutrifft, und hat eine 82jährige Tradition. Sie war ursprünglich eine Mittelstandspartei, die sich in Opposition zur konservativen Partei des Großbürgertums befand. Ihr Wirtschaftskonzept hat sich vom Liberalismus zum Staatsinterventionismus gewandelt: Kreditkontrolle durch Banken, staatlich geregelte Einkommensverteilung, staatliche Ausbeutung der Energiequellen, vorrangig Kredite an einheimisches Kapital, Förderung der Privatinitiative etc.
- 7) Eine Koalition von 24 Provinzparteien, die im wesentlichen konservativ orientiert ist.
- 8) Eine Koalition zwischen der Intransigenten Partei des ehemaligen Gouverneurs der Provinz Buenos Aires, Oscar Alende, und der revolutionären Christlich-Demokratischen Fraktion von Horacio Sueldo.
- 9) horizont 14, April 1973
(Benutzt wurden folgende Zeitungen: La Vanguardia Espanola, Argentinisches Tageblatt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Neue Zürcher Zeitung, Neues Deutschland, Unsere Zeit und Horizont.)

Abkommen über die Wiederherstellung des Friedens und die Verwirklichung der nationalen Eintracht in Laos

Um den erhabenen Wünschen Seiner Majestät, des Königs, und den glühenden Bestrebungen des Volkes der verschiedenen ethnischen Gruppen im ganzen Lande zu entsprechen, die den Wunsch haben, daß der Krieg schnell beendet, der Frieden dauerhaft hergestellt und aufrechterhalten wird, die nationale Eintracht verwirklicht, das Vaterland vereinigt und Laos zu einem friedlichen, unabhängigen, neutralen, demokratischen, einheitlichen und blühenden Land aufgebaut wird, um positiv zur Festigung des Friedens in Indochina und in Südostasien

auf der Grundlage der Genfer Verträge von 1962 und der gegenwärtigen Realitäten in Laos beizutragen,
sind die Partei der Regierung von Vientiane und die Partei der patriotischen Kräfte einstimmig übereingekommen:

KAPITEL 1

Allgemeine Prinzipien

Artikel 1

a) Es ist der Wille des laotischen Volkes, seine heiligen und unverletzlichen nationalen Grundrechte, wie Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität von Laos zu wahren und anzuwenden.

b) Die Erklärung über die Neutralität von Laos vom 9. Juli 1962 und die Genfer Abkommen von 1962 über Laos sind die korrekten Grundlagen für die Außenpolitik des Friedens, der Unabhängigkeit, der Neutralität des Königreichs von Laos. Die interessierten Parteien, die Vereinigten Staaten von Amerika, Thailand und die übrigen Länder müssen sie strikt respektieren und anwenden.

Die inneren Angelegenheiten von Laos sollen von den Laoten selbst, ohne Einmischung vom Ausland geregelt werden.

c) In dem edlen Ziel, den Frieden herzustellen, die Unabhängigkeit zu festigen, die nationale Eintracht und die Vereinigung des Vaterlandes zu verwirklichen sowie unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Realitäten in Laos, wo es zwei von den beiden Parteien separat kontrollierte Zonen gibt, sollten die inneren Angelegenheiten von Laos im Geiste der nationalen Eintracht, entsprechend den Prinzipien der Gleichheit zwischen den Parteien, der gegenseitigen Achtung, ohne daß eine der Parteien die andere zwingen oder annektieren kann, geregelt werden.

d) Um die Unabhängigkeit und die nationale Souveränität zu wahren, um die nationale Eintracht und die Vereinigung des Vaterlandes zu verwirklichen, müssen die demokratischen Freiheiten des Volkes strikt eingehalten werden, die persönliche Freiheit umfassen, Glaubensfreiheit, Redefreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, die Freiheit, politische Parteien und Organisationen zu gründen, die Freiheit, sich bei den Wahlen als Kandidat zu bewerben und Stimmfreiheit, die Freiheit der Ortsveränderung, die Freiheit, seinen Wohnsitz zu bestimmen, Gewerbefreiheit und das Recht auf Privatbesitz, es müssen alle Gesetze, alle Regelungen und alle Gremien abgeschafft werden, die im Widerspruch zu den genannten Freiheiten stehen.

KAPITEL 2

Die militärischen Bestimmungen

Artikel 2

Am 22. Februar 1973 um 12.00 Uhr Vientianer Zeit tritt ein vollständiger und gleichzeitiger Waffenstillstand auf dem gesamten laotischen Territorium in Kraft, der folgende Bestimmungen enthält:

a) Die fremden Länder stellen alle Bombenangriffe auf laotisches Gebiet vollständig und endgültig ein und beenden alle ihre Interventionen und Aggressionen gegen Laos und brechen jede Art militärischen Engagements in Laos ab.

b) Die Streitkräfte der fremden Länder stellen ihre gesamte militärische Aktivität in Laos vollständig und endgültig ein.

c) Die Streitkräfte aller laotischen Parteien stellen ihre gesamte militärische Aktivität, d. h. die Feindseligkeiten zu Lande und in der Luft, endgültig ein.

Artikel 3

Beim Inkrafttreten des Waffenstillstandes sind:

a) alle militärischen Angriffe und Übergriffe, Drohungen oder Verletzungen zu Lande und in der Luft von seiten einer der Parteien gegen die vorläufig der Kontrolle der Gegenpartei unterstellte Zone streng untersagt,

b) alle feindseligen militärischen Handlungen einschließlich Banditen- und Kommandoaktionen sowie bewaffnete und Spionagetätigkeit zu Lande und in der Luft streng untersagt. Falls eine der Parteien den Wunsch hat, zum Zweck der Lebensmittelbeschaffung die von der anderen Seite kontrollierte Zone zu durchqueren, wird die mit der Durchführung des Abkommens beauftragte gemischte Kommission die Frage erörtern und nach gemeinsamer Übereinstimmung die genauen Modalitäten für diese Lebensmittelversorgung festlegen.

(Quelle:

ND v. 25.2.1973)

c) alle Säuberungs-, Terror- und Unterdrückungsmaßnahmen, Anschläge auf das Leben und das Wohl der Bevölkerung sowie alle Repressalien oder Diskriminierungen gegen Personen, die während des Krieges mit der Gegenseite zusammengearbeitet haben, streng untersagt;

Solchen Personen, die während des Krieges gezwungen waren, ihre Heimatorte zu verlassen, soll geholfen werden, ungehindert dorthin zurückzukehren, um dort ihren Lebensunterhalt entsprechend ihren Wünschen zu verdienen.

d) die Einführung von Militärpersonal jeder Art, von regulären oder irregulären Truppen jeder Kategorie sowie von Rüstungs- und Kriegsmaterial aller Art aus dem Ausland mit Ausnahme des in den Genfer Abkommen von 1954 und 1962 zugelassenen streng untersagt. Falls es sich als notwendig erweist, beschädigtes und verbrauchtes Rüstungs- und Kriegsmaterial zu ersetzen, werden die beiden Parteien die Frage erörtern und übereinstimmend darüber entscheiden.

Artikel 4

Der Abzug des ausländischen Militärpersonals und der regulären und irregulären ausländischen Truppen aus Laos sowie die Auflösung der militärischen und paramilitärischen Organe der anderen Länder sollen innerhalb von 60 Tagen nach der Bildung der Provisorischen Regierung der nationalen Einheit und des nationalen politischen Konsultativrates völlig abgeschlossen sein.

Die vom Ausland organisierten, bewaffneten, instruierten und befehligten „Sonderstreitkräfte“ sollen liquidiert werden ebenso wie alle Stützpunkte, Anlagen und Positionen dieser Sonderstreitkräfte.

Artikel 5

Jede der beiden laotischen Parteien wird die Übergabe aller Personen, gleich welcher Nationalität, an die andere Seite vornehmen, die gefangen genommen oder eingekerkert wurden, weil sie während des Krieges mit der gegnerischen Partei kollaboriert haben.

Die Übergabe soll gemäß den Modalitäten erfolgen, die von den beiden Parteien gemeinsam festgelegt worden sind. Sie soll spätestens 60 Tage nach der Bildung der Provisorischen Regierung der nationalen Einheit und des nationalen politischen Konsultativrates abgeschlossen sein. Nach der Übergabe der gefangenen Personen ist jede der beiden Parteien verpflichtet, der anderen Seite Informationen über die während des Krieges verschwundenen Personen zu liefern.

KAPITEL 3

Die politischen Klauseln

Artikel 6

Es sollen allgemeine Wahlen nach den Prinzipien wirklicher Freiheit und Demokratie durchgeführt werden, deren Ziel es ist, die endgültige Regierung der nationalen Einheit als authentischer Vertreter aller ethnischen Volksschichten in ganz Laos zu bilden. Modalitäten und Termin der allgemeinen Wahlen werden die beiden Parteien auf gemeinsamen Beschluß festlegen.

Bis die allgemeinen Wahlen abgehalten werden können, bilden die beiden Parteien eine neue Provisorische Regierung der nationalen Einheit und einen nationalen politischen Konsultativrat, und das spätestens 30 Tage nach Unterzeichnung des vorliegenden Abkommens, damit dieses verwirklicht und die Angelegenheiten des Landes geregelt werden können.

Artikel 7

Der neuen Provisorischen Regierung der nationalen Einheit werden Vertreter der Regierungspartei in Vientiane und der Partei der patriotischen Kräfte in gleicher Zahl angehören sowie zwei Persönlichkeiten, die für den Frieden, die Unabhängigkeit, die Neutralität und die Demokratie sind und von den beiden Seiten nach gemeinsamen Übereinkommen bestimmt werden. Der künftige Ministerpräsident soll nicht in der gleichen Anzahl der von jeder Seite bestimmten Regierungsmitglieder enthalten sein.

Die Provisorische Regierung der nationalen Einheit soll vom König direkt eingesetzt werden. Sie soll nach dem Grundsatz der Einstimmigkeit zwischen den Seiten regieren. Ihre Aufgabe wird es sein, die unterzeichneten Abkommen und das gemeinsam beschlossene politische Programm zu verwirklichen, vor allem den Waffenstillstand einzuhalten, einen dauerhaften Frieden zu wahren, alle demokratischen Freiheiten des Volkes zu gewährleisten, eine Außenpolitik des Friedens, der Unabhängigkeit und der Neutralität zu verfolgen, die Pläne für den wirtschaftlichen Aufbau und die kulturelle Entwicklung zu koordinieren und die Hilfe in Empfang zu nehmen, die die verschiedenen Länder Laos gewähren.

Artikel 8

Der nationale politische Konsultativrat, ein Gremium der nationalen Eintracht, setzt sich aus Vertretern der Partei der Regierung von Vientiane und der Partei der patriotischen Kräfte in gleicher Anzahl zusammen und aus einer bestimmten Anzahl von Persönlichkeiten, die für Frieden, Unabhängigkeit, Neutralität und Demokratie sind; die Anzahl wird von beiden Seiten einstimmig festgelegt. Er arbeitet entsprechend dem Prinzip der Einstimmigkeit zwischen beiden Seiten, und seine Aufgabe ist es:

– die großen Probleme zu diskutieren, die die innen- und außenpolitischen Linien des Landes berühren und Standpunkte der Provisorischen Regierung der nationalen Einheit zu unterbreiten, die diese Probleme betreffen,

– die Provisorische Regierung der nationalen Einheit zu aktivieren und zu unterstützen und beiden Seiten in der Anwendung der unterzeichneten Verträge Auftrieb und Hilfe zu gewähren, um die nationale Eintracht zu verwirklichen,

– die Gesetze und Bestimmungen in bezug auf die allgemeinen Wahlen gemeinsam zu überprüfen und anzunehmen und mit der Provisorischen Regierung der nationalen Einheit bei der Durchführung allgemeiner Wahlen zusammenzuarbeiten, um die Nationalversammlung und die endgültige Regierung der nationalen Einheit einzusetzen.

Das Verfahren zur Einsetzung des nationalen politischen Konsultativrates ist folgendermaßen: Beide Seiten diskutieren darüber ausführlich und treffen diesbezüglich eine gemeinsame Entscheidung, sie legen dann diese Entscheidung der Provisorischen Regierung der nationalen Einheit vor, die sie seiner Majestät, dem König, zur Investitur unterbreitet. Das gleiche Verfahren wird für die Auflösung des nationalen politischen Konsultativrates angenommen.

Artikel 9

Beide Parteien sind übereingekommen, die Stadt Luang Prabang und die Hauptstadt Vientiane zu neutralisieren und mit allen Mitteln zu versuchen, die Sicherheit und die effektive Funktionsweise der Provisorischen Regierung der nationalen Einheit und des nationalen politischen Konsultativrates zu sichern sowie jede Sabotage und jeden Druck von inneren oder äußeren Kräften zu verhindern.

Artikel 10

a) Jede Partei wird bis zur Wahl der Nationalversammlung und bis zur Bildung der endgültigen Regierung der nationalen Einheit im Sinne des Artikels 6 des zweiten Teils des gemeinsamen Kommuniqués von Zürich vom 22. Juni 1961 die vorläufig unter ihrer Kontrolle befindliche Zone beibehalten und sich bemühen, das politische Programm der Provisorischen Regierung der nationalen Einheit anzuwenden, ein Programm, das einstimmig von beiden Seiten angenommen wurde.

b) Beide Parteien fördern die Verwirklichung normaler Beziehungen zwischen den beiden Zonen, schaffen günstige Voraussetzungen, die es der Bevölkerung ermöglichen zu reisen, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, sich zu besuchen, Austausche auf ökonomischen, kulturellen und anderen Gebieten durchzuführen, die zur Festigung der nationalen Eintracht beitragen, um die Vereinigung des Landes schnell zu verwirklichen.

Ausgefertigt in Vientiane, am 21. Februar 1973, in laotischer Sprache und in fünf Exemplaren, ein Exemplar wird Seiner Majestät, dem König, unterbreitet, jede Partei behält ein Exemplar, die Regierung und der Konsultativrat bewahren je ein Exemplar in ihren Archiven auf.

Der Vertreter der Regierungsseite

Phagna Pheng Phonsavan,
Außerordentlicher und Bevollmächtigter
Vertreter der Regierung in Vientiane

c) Beide Parteien nehmen die Erklärung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zur Kenntnis, derzufolge die Vereinigten Staaten von Amerika ihren Beitrag zur Heilung der Kriegswunden und zum Wiederaufbau nach dem Kriege in Indochina leisten werden. Die Regierung der nationalen Einheit wird mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika diesen Beitrag für Laos erörtern.

KAPITEL 4

Über die gemischte Kommission zur Durchführung des Abkommens und die internationale Kontroll- und Überwachungskommission

Artikel 11

In Ausführung des vorliegenden Abkommens tragen die beiden interessierten Seiten von Laos hauptsächlich die Verantwortung. Beide Parteien stellen unverzüglich eine gemischte Kommission zur Durchführung des Abkommens mit Vertretern in gleicher Anzahl auf.

Die Kommission zur Durchführung des Abkommens arbeitet entsprechend dem Prinzip der Diskussionen und der einstimmigen Entscheidungen.

Artikel 12

Die internationale Kontroll- und Überwachungskommission, die gemäß dem Genfer Abkommen von 1962 über Laos aufgestellt wurde und sich aus Vertretern Indiens, Polens und Kanadas zusammensetzt, wobei der indische Vertreter den Vorsitz übernimmt, führt ihre Tätigkeit entsprechend den Aufgaben, Befugnissen und Arbeitsgrundsätzen durch, wie sie in dem Protokoll des genannten Genfer Abkommens vereinbart wurden.

KAPITEL 5

Weitere Bestimmungen

Artikel 13

Die Partei der Regierung von Vientiane und die Partei der Patriotischen Kräfte verpflichten sich, das vorliegende Abkommen durchzuführen und die Verhandlungen über die Anwendung der bereits vereinbarten Klauseln fortzusetzen und noch offenstehende Probleme, die beide Parteien betreffen, im Geiste der Gleichheit und der gegenseitigen Achtung zu regeln, um den Krieg zu beenden, den Frieden dauerhaft und fest wiederherzustellen und zu wahren, die nationale Eintracht zu verwirklichen, die nationale Einigung zu realisieren, um zu erreichen, Laos zu einem friedlichen, unabhängigen, neutralen, demokratischen, geeinten und blühenden Land aufzubauen.

Artikel 14

Das vorliegende Abkommen tritt mit der Unterzeichnung in Kraft.

Der Vertreter der Patriotischen Kräfte

Phagna Phoumi von Vichit,
Außerordentlicher und Bevollmächtigter
Vertreter der Patriotischen Kräfte

Kurzinformation

Untersuchungsausschuß: ITT versuchte, chilenische Wahlen zu beeinflussen

Die Rolle des ITT-Konzerns, des CIA und der US-Regierung bei den chilenischen Präsidentschaftswahlen 1970 rückte erneut ins Licht der Öffentlichkeit. Ein Senatsausschuß zur Untersuchung des Einflusses multinationaler Konzerne sammelt durch Verhöre der ITT-Bosse hierzu lebendiges Anschauungsmaterial. Bereits im März 1972 wurde in einem - was die Publizität angeht - bis dahin unerhörten Ausmaß dieser "Einfluß" durch die Veröffentlichung der geheimen "ITT-Dokumente" demonstriert (Teile sind abgedruckt in AIB Nr. 5/72 und 6/72).

Die ITT (International Telephone & Telegraph Corporation) ist ein monströser Mischkonzern, der in 52 Ländern vertreten ist und allein 28 Tochtergesellschaften oder maßgebliche Beteiligungen in der BRD besitzt (darunter Standard Elektrik Lorenz und Avis-Autoverleih). Wie etliche andere US-Monopole erwartete ITT von einer Wahl Salvador Allendes zum Staatspräsidenten Chiles - zu Recht - die Enteignung ihres chilenischen Besitzes.

Über die Pläne der ITT, dies zu verhindern, sagte vor dem US-Senatsausschuß der ehemalige CIA-Direktor John McCone aus; McCone war 1965 direkt nach seinem Ausscheiden aus diesem Amt in den Verwaltungsrat der ITT übergewechselt. Danach - und dies mußte nach anfänglichem Leugnen auch Konzernpräsident Harold Geneen einräumen - bot ITT der Nixon-Regierung 1970 eine Million Dollar als Beitrag für Bemühungen, die Wahl Allendes zu verhindern und den Kandidaten der Reaktion, Alessandri, an die Macht zu bringen. (ITT-Vizepräsident Edward I. Gerrity scheute sich in seiner Aussage nicht, das ITT-Vorhaben als eine Art Entwicklungshilfe-Angebot an Chile darzustellen.) McCone hatte dieses Dollar-Geschäft in Geneens Auftrag dem Präsidentenberater Kissinger und CIA-Chef Helms unterbreitet. Während sich das Weiße Haus derart massiver Eingriffe lieber enthalten wollte, habe die CIA immerhin zugesagt, im Rahmen ihres eigenen (auf ca. 20 Mrd. Dollar geschätzten) Budgets eine "kleine Anstrengung" zu unternehmen, die Wahlen zu beeinflussen.

Allende siegte. Gleichwohl gab die ITT ihre Pläne nicht auf.

Mit weiteren interessierten Konzernen, darunter den Kupfermonopolen Anaconda und

Kennecott, den Chemiekonzernen W.R. Grace, Kaiser Chemical und dem Nahrungsmitteltrust Ralston Purina, bildete ITT ein Komitee, das geeignete Maßnahmen zur Wahrung der gemeinsamen Profitinteressen erörtern sollte. Vorsitz führte ITT-Vizepräsident Merriam, der sich in seiner Aussage guter Kontakte zum CIA und zu engen Nixon-Mitarbeitern, darunter John Ehrlichman und Charles Colson, rühmte. Über Kissinger und das State Department versuchte ITT Merriam zufolge, Druck auf Chile auszuüben: Die Wirtschaftshilfe und internationalen Bankkredite an Chile sollten eingestellt werden. Ziel dieser Erpressungspolitik war es erklärtermaßen, den wirtschaftlichen Ruin Chiles herbeizuführen. "Wenn Allende mit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch konfrontiert worden wäre", so Merriam, "wäre er geneigter gewesen, für enteigneten Besitz zu zahlen".

Wie die Ereignisse seither zeigen, gingen ITT, Anaconda, Kennecott & Co. mit bekannter Skrupellosigkeit zu Werke. Die Beschlagnahmeversuche chilenischen Kupfers durch Kennecott sind nur ein Beispiel derartiger Sabotagemanöver (Vgl. hierzu: AIB Nr. 2/73).

Auch diese Rechnung der US-Imperialisten, denen aufgrund der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses eine militärische Intervention nach dem Muster der Dominikanischen Republik nicht geraten erscheint, machte indessen die chilenische Bevölkerung mit der klaren Bestätigung der Allende-Regierung im März zunichte. (Frankfurter Rundschau vom 22.3., 23.3., 24.3., 4.4. und 5.4. 1973)

RSA

In ihrem Bestreben, demokratischen Kräften jeden Spielraum zur Entfaltung zu nehmen, hat die südafrikanische Regierung jeweils acht leitende Mitglieder von Organisationen der englisch-sprachigen und der schwarzen Studentenschaft verbannt. Anlaß für dieses terroristische Vorgehen gegen die National Union of South African Students (NUSAS) und gegen die South African Students' Organisation (SASO) waren die Bemühungen der progressiven Studentenschaft, die rassistischen Strukturen der Gesellschaft, insbesondere im Erziehungssystem und am Arbeitsplatz zu überwinden (vgl. AIB 11 u. 12/1972). Als rechtliche Grundlage verwandte die Regierung den "Suppression of Communism Act" aus dem Jahre 1950, der aufgrund seines bewußt vage gehaltenen

tenen Kommunismusbegriffes und einer breiten Sanktionsermächtigung gegen Organisationen und Einzelpersonen unter Ausschaltung des Rechtsweges die Möglichkeit bietet, jede demokratische Regung bereits im Keim zu ersticken. Denn eine unter Strafe gestellte kommunistische Handlung begeht eine Organisation oder Einzelperson, wenn sie darauf abzielt, "irgendeine politische, industrielle, soziale oder ökonomische Veränderung innerhalb der Republik mit Hilfe ... von ungesetzlichen Handlungen oder mit deren Androhung herbeizuführen". Der Androhung einer ungesetzlichen Handlung macht sich schon schuldig, wer die gesetzlich verankerte Rassendiskriminierung in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen mit Hilfe demokratischer Aktionen beseitigen will. Unter Ausschaltung des Rechtswegs und einer gesetzlichen Widerspruchsmöglichkeit kann der Justizminister nach diesem faschistischen Gesetz Demokraten beliebig verbannen. Von dieser Möglichkeit ist im Falle der 16 leitenden Mitglieder der NUSAS und der SASO Gebrauch gemacht worden. Für jeweils fünf Jahre stehen diese Studentenfunktionäre unter Hausarrest, ihre Bewegungs- und Kommunikationsfreiheit ist praktisch aufgehoben; ihre Äußerungen aus der Zeit ihrer politischen Aktivität dürfen öffentlich nicht zitiert werden. Damit können sie sich nicht gegen ihre "Richter" verteidigen, die in ihrer Studentenzeit während des zweiten Weltkrieges aus ihrer Sympathie für das faschistische Deutschland keinen Hehl machten.

(Vgl. The Star (Johannesburg), 3.3., 10.3., 17.3., 24.3.1973)

RSA/BRD

In Anwesenheit hoher Militärs und von Mitgliedern des diplomatischen Korps stellte Premierminister Vorster am 8. März d.J. eine mit modernen elektronischen und Radaranlagen ausgerüstete Befehlszentrale der südafrikanischen Kriegsmarine in der Nähe von Kapstadt in Dienst. Nach den Worten Vorsters versteht das Rassenregime den Bau dieser militärischen Befehls- und Überwachungsanlage als südafrikanischen Beitrag zum globalen antikommunistischen Abwehrsystem der "freien Welt". Über diese Anlage kann der gesamte Schiffsverkehr im Südatlantik und im Indischen Ozean bis zum Südpol kontrolliert werden und stehen die südafrikanischen Militärs mit Luanda in Angola und Lourenço Marques in Moçambique in beständigem Funkkontakt. An dem

Bau dieses gegen das Selbstbestimmungsrecht der afrikanischen Völker gerichteten unterirdischen Stützpunktes haben unter frecher Mißachtung von UN-Beschlüssen die westdeutschen Firmen AEG und Telefunken mitgewirkt. (The Star (Johannesburg), 10.3., 17.3.1973)

Syrien

Die Volksabstimmung über die neue Verfassung der Syrischen Arabischen Republik vom 12. März 1973 endete mit einem überwältigenden Erfolg der fortschrittlichen Kräfte. Bei einer Wahlbeteiligung von 88,9% entschieden sich 97,6% für eine Bejahung des in der Verfassung verankerten weiteren Voranschreitens auf dem Weg zum Sozialismus und des weiteren Ausbaus der nationalen Demokratie.

Die Verfassung fixiert u.a. die künftige Ausdehnung demokratisch gewählter Volksräte über die Bezirksebene hinaus auf Städte und Gemeinden, das Recht jedes Bürgers auf Arbeit und Bildung, sowie auf aktives Mitwirken in den gesellschaftlichen Massenorganisationen. Das Referendum, vorgelegt von der Baath-Partei, der von ihr geleiteten Nationalen Fortschrittlichen Front und unterstützt von der Syrischen Kommunistischen Partei, ist auf dem Hintergrund einer soliden eigenständigen wirtschaftlichen Entwicklung (Stärkung des staatlichen industriellen Sektors) und der Verwirklichung einer entschieden antiimperialistischen Außenpolitik zu sehen.

Reaktionäre syrische Kreise hatten vor der Volksabstimmung in mehreren Orten Zusammenstöße provoziert, unter dem Vorwand, die Verfassung garantiere keine ausreichenden religiösen Freiheiten und trage nicht der Forderung Rechnung, nach der der syrische Präsident islamischer Religionszugehörigkeit sein müsse. Die werktätigen Massen erteilten mit Protestaktionen und ihrem eindeutigen Ja zum politischen Kurs der Nationalen Front diesen Angriffen eine gebührende Abfuhr. Der Vorsitzende des Syrischen Arbeitergewerkschaftsverbandes Mahmud Hadid betonte, daß die reaktionären Kräfte die tatsächlichen Motive und Ziele ihrer Aktivitäten hinter einem religiösen Schleier verberge. In Wahrheit versuchten sie, die Verfassung ihres fortschrittlichen sozialistischen Inhalts zu berauben, die nationale Wirtschaft zu sabotieren, die Nationale Fortschrittliche Front zu zersplittern und gegen das gesamte fortschrittliche Syrien aufzutreten. (Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 23.3.73 und horizont Nr. 13/73)